Nr. 261



INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

11. November 1993



VORAB :
Andreas Böhm, Gefangener im Widerstand, ist seit dem 1.11.93 in der JVA Bruchsal im Hungersrtreik
gegen den MENSCHENVERACHTENDEN VOLLZUG IM RECHTSFREIEN RAUM DER BRD-GEFÄNGNISSE. Die Erklärung dazu findet ihr aus Platzgründen (7S.) im Ordner.Lieber Andreas,wir haben deine Erklärung aber noch weitergeleitet. dir: Liebe und Kraft !!

Weiter hat uns ein nach Sparten sortiertes Register der Interim dieses Jahrgangs erreicht,umfangreich, brauchbar, und VORERST nur im Ordner.Danke für die Arbeit, die darin steckt!

Inhalt:

WARNUNG

Am Montag, den 1.11.93 geriet ich gegen 20.30 Uhr in eine Personenfahndung der Bullerei, auf der Grünfläche zwischen Fränkelufer und Kohlfurter Straße, neben der Synagoge.
Die fahndenden Zivis erklärten sie suchten einen männlichen Fahrradfahrer, und hatten eine Akte mit Fotos dabei.
Seitdem verstärkte Observationen in der Gegend, besonders am Fränkelufer.
Paßt auf!

Ordner:
Hungerstreikerklärung Andreas Böhm
Spinnennetz antwortet auf Konkret
Interim - Register 93
Hungerstreikerklärung action directe
Bolsevic Partisan zu Kurdistan
Prozess gegen Neonaziband "Tonstörung
Der Revolutionäre Funke

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Erklärung zur Besetzung der Neuen Wache:

ES KANN KEIN GEMEINSAMES GEDENKEN AN TÄTER UND OPFER GEBEN !

Am 14. November soll in Berlin die zur *"Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland"* umgestaltete Neue Wache wiedereröffnet werden. Künftig soll dort *"Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft"* gedacht werden. Dieses ganze Vorhaben staatlichen Opfer-Gedenkens ist und bleibt ein Skandal. Wir distanzieren uns

- von der beabsichtigten Verhöhnung aller Opfer des deutschen Faschismus;
- von der geplanten Unkenntlichmachung der Täter, ja dem unverschämten Versuch, sie und sich selbst ein-zu-opfern;
- von dem Vorhaben, den in der sogenannten Historikerdebatte gewünschten "Schlußstrich unter die Deutsche Geschichte" durch einen zentralen Schluß-Klotz zu manifestieren.

Gegen die Behauptung vom gesellschaftlichen Konsens erklären wir unseren Widerspruch zu diesem Schandakt.

ALLE NUR NOCH OPFER IN DEUTSCHLAND ?

Soll es denn in Deutschland künftig egal sein, ob einer freiwillig die Hakenkreuzbinde anzog, oder ob eine andere gezwungen wurde, einen gelben Stern mit der Aufschrift "Jude" zu tragen ? Soll es denn wirklich egal sein, ob einer SS-Sturmbannführer war, der ein Ghetto "liquidierte" und später in Dresden "ausgebombt" wurde, oder ob jemand zu den deutschen Jüdinnen und Juden gehörte, die im Novemberpogrom 1938 umgebracht wurden, denen Synagogen, ihre Freiheit und ihr Eigentum zerstört wurde ? Soll es auch egal sein, ob jemand als Soldat, als Volkssturm-Mann oder als Flak-Helferin die faschistische Reichshauptstadt bis zum letzten Moment fanatisch verteidigte und hierbei "fiel", oder ob eine Andere in Viehwaggons durch Europa deportiert wurde, an der Rampe von Auschwitz selektiert und schließlich mit Millionen anderen in Gaskammern getrieben und ermordet wurde ?

In dieser "Zentralen Gedenkstätte" finden wir alle beispielhaft genannten Personengruppen unterschiedslos als "Opfer" wieder. Neben der Hauptinschrift *"Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft"* wird auf einer zusätzlichen Tafel ausgeführt, daß gleichzeitig *"der Gefallenen der Weltkriege"* und *"der Millionen ermordeter Juden"* gedacht wird. Im Deutschland von 1993 müssen die Unterschiede erklärt werden: Wieviele von denen, derer wir also gedenken sollen, haben als Angehörige der Deutschen Wehrmacht teilgenommen an den Liquidationen von Ghettos, Dörfern und ganzen Städten, an den Massenmorden an der Zivilbevölkerung in allen überfallenen und besetzten Ländern Europas, haben zumindest den SS-Sonderabteilungen ihre Opfer zugetrieben und sind anschließend "gefallen" ? Auch ohne solche Form von Beteiligung hielten "die Gefallenen" im Zweiten Weltkrieg eben die Front, hinter der in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor, Auschwitz und in vielen anderen solange pausenlos und systematisch

Millionen Menschen ermordet wurden, bis diese Front durchbrochen werden konnte. Daher ist es unmöglich, gleichzeitig und an einem Ort beider "Opfergruppen" zu gedenken. Wer dies trotzdem vorschlägt, erweist den Helfern der Schlächter die letzte Ehre. Die Erschlagenen, die Millionen Ermordeten aber werden gerade mit diesem Gedenken ein weiteres mal verhöhnt.

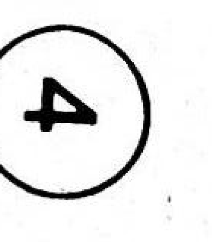
Auch wenn auf der Opfer-Tafel einiger Menschengruppen, die Opfer des Nationalsozialistischen Regimes wurden, wie den Schwulen, den Sinti und Roma oder den Opfern des NS-Euthanasie-Programmes, zum ersten Mal nach über 48 Jahren an herausgehobener Stelle gedacht wird, so bleibt die Kritik, daß ihrer eben nur mit-gedacht wird. Weder werden die Unterschiede ihrer spezifischen Verfolgungssituation berücksichtigt, noch wird ihrer abseits ihrer einstigen Peiniger gedacht. *"Wir gedenken"*, heißt es stattdessen, *"der Unschuldigen, die durch Krieg und Folgen des Krieges in der Heimat, die in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind"*. Wir fragen: Wessen Krieg ? In wessen Gefangenschaft ? Welche Vertreibung ? Es ist unerträglich, daß derer, die systematisch aus der Gesellschaft ausgegrenzt und vertrieben, und derer, die aus ihren Ländern und ihrem Leben vertrieben wurden, nicht gedacht werden soll. Hierzulande wird nur *eine* Vertreibung betrauert: Die aus den "Ostgebieten".

Wenn schließlich nicht nur der wenigen Deutschen gedacht wird, *"die sterben mußten um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen"*, sondern gleichzeitig *"der Frauen und Männer, die verfolgt und ermordet wurden, weil sie sich totalitärer Diktatur nach 1945 widersetzt haben"*, wundern wir uns kaum noch. Nur weil es böse Assoziationen zu den bewußt gemiedenen Begriffen "Deutscher Faschismus" oder "Nationalsozialismus" wecken könnte, heißt es nicht schlicht und einfach: den Opfern des Stalinismus. Auch diese Gleichsetzung von Opfern lehnen wir ab. Die Verbrechen Deutschlands im Faschismus stellen eine Singularität dar. Es verbieten sich System-Gleichsetzungen genauso, wie das In-eins-setzen der sittlichen Motivation derjenigen, die dem Faschismus die Stirn boten, mit der Widersachern anderer Systeme.

Die Erinnerung an den von den Nazis fabrikmäßig organisierten Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden soll zugeschüttet werden: zugeschüttet das Wissen, daß dieses Verbrechen einmalig ist in der Geschichte und in der Welt; zugeschüttet auch alle Moral, die es verbietet, diese Singularität durch Vergleiche jeglicher Art zu verwischen.

Gleichzeitig sollen die Täter unkenntlich gemacht werden. 1933 machte sich das Deutsche Volk auf, sich zur faschistischen Volksgemeinschaft zu formieren. Wir wissen, daß die Verantwortung für die daraus resultierenden Verbrechen nicht pauschal zu verteilen ist. Wir können durchaus differenzieren zwischen den Bossen der Kriegsindustrie oder der IG Farben und dem kleinen Arisierungs-Gewinnler oder Rüstungsarbeiter, zwischen alt und jung, zwischen der gesellschaftlichen Elite, die versagte, und denen, die im Bierdunst *"Heil !"* schrien. Doch wie immer die Verantwortung zu bewerten ist und welche für Konsequenzen daraus zu ziehen wären: Wir sagen Nein, wenn 50 Jahre danach im neuen großen Deutschland ungestraft die Aktionäre der IG Farben tagen dürfen, um über neue Gewinne aus den alten Taten zu reden. Wir sagen Nein zu der *"Zentralen Gedenkstätte"*

- weil sie Täter zu Opfern erklärt
- weil in ihr nicht einmal mehr der Nationalsozialismus beim Namen genannt wird
- weil auf der Tafel zur Geschichte der Neuen Wache von 1933 bis 1945 eine große Lücke klafft.



Dem Deutschland von 1993 reicht es allerdings noch nicht, die Täter zu verschweigen: Man möchte endlich selber lieber als Opfer-, denn als Täter-Nation gesehen werden. So scheut man nicht einmal davor zurück, Teile der Volksgemeinschaft, die sich vor 60 Jahren zu ihren Taten aufmachten, ein-zu-opfern und ihrer zentral zu gedenken.

Doch dieselbe Bundesregierung, die sich anschickt, in Berlin *"aller Opfer"* zu gedenken, weigert sich konsequent, Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Gedenkstätte in Auschwitz vor dem fortschreitenden Verfall zu bewahren. Während der unterschiedlichen Gruppen der Opfer des Faschismus mit-gedacht wird, sehen sich die Angehörigen dieser Gruppen in diesem Land erneut Verfolgung ausgesetzt: Was nützt den Behinderten eine Gedenktafel, wenn sie immer öfter auf der Straße überfallen werden und akademische Kreise über ihr Recht auf Leben erneut diskutieren? Was nützt den Roma und Sinti eine Gedenktafel, wenn sie weiter öffentlich diskriminiert und zu Tausenden außer Landes geschafft werden? Was nützt den Jüdinnen und Juden eine Gedenktafel, wenn der Antisemitismus in Deutschland auf allen gesellschaftlichen Ebenen wieder offen zu Tage tritt? **Solange für all diese Gruppen eine erneute Verfolgungs- und Bedrohungssituation besteht, solange sprechen wir diesem Land das Recht ab, ihrer heuchlerisch zu gedenken.**

Da die *"Zentrale Gedenkstätte"* kein Ort des Gedenkens für die Opfer des deutschen Faschismus sein kann, werden wir sie nie akzeptieren

Berlin 4.11.93
Meshulash Berlin
Antirassistische Initiative
Berliner Mitglieder des Auschwitz-Komitees in der BRD

unterstützt von:
Vorstand der A.F.V.N. (Antifascistische oud- Verzetsstrijders Nederland - Bond van Antifascisten)
Redaktion *Perspektiven*, Frankfurt/Main
Internationale Liste/Undogmatische Linke an der Uni Frankfurt

Gruppe von 50 Demonstranten besetzte die Neue Wache

Protest gegen Geschichtsfälscher

Berlin (ND-Bozic). Eine Gruppe von etwa 50 Demonstranten hat am Dienstagmittag die Neue Wache in Berlins, die am Sonntag als die Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland eröffnet werden soll, besetzt. Mehrere Jugendliche ketteten sich mit den Füßen an das offene Eisentor. Die Besetzer erklärten, daß „die Opfer des deutschen Faschismus in der Gedenkstätte verhöhnt werden".
Gegen die Umgestaltung der Neuen Wache gibt es seit geraumer Zeit Proteste, weil Täter und Opfer des NS-Regimes gleichgesetzt würden.

Architekt Peter Dörrie zeigte hingegen kein Verständnis für die Besetzung. Obwohl die Blockierer die Bauarbeiter ungestört passieren ließen, sorgte er sich um den reibungslosen Ablauf der Arbeiten. Daß auch die Berliner Jüdische Gemeinde das von ihm neu in Szene gesetzte Bauwerk boykottieren will, fand Dörrie unverständlich. Für ihn sei mit der Gedenktafel ein akzeptabler Kompromiß gefunden worden.

Am Nachmittag beendete die Polizei die Aktion, indem sie die Kette mit einem Bolzenschneider durchtrennte und zwölf Demonstranten gewaltsam an Händen und Füßen in die bereitstehenden Polizeiwagen schleppte. Bei dem unverhältnismäßig brutalen Einsatz wurde ein Demonstrant so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Die Bundesregierung hat die Besetzung verurteilt. Der Vorwurf, Täter und Opfer würden in der Gedenkstätte gleichgesetzt, entbehre jeder Grundlage.

Ein Mahnmal für Opfer und Täter zugleich

Am 14.11. ist es mal wieder soweit. Volkstrauertag. Das Volk trauert. Kohl will an diesem Tag seine "Zentrale Gedenkstätte der Bundsrepublik" einweihen (eventuell zusammen mit Weizsäcker). Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin hat seine Teilnahme schon abgelegt, weil mit diesem Mahnmal Opfer und Täter gleichzeitig gedacht werden soll. Ignatz Bubis wird sehr ungern dort anwesend sein.
Noch wird vor der Neuen Wache gebaut. Sie wollen nämlich 4 Fahnenstangen für Staatsbesuche aufstellen. Aber dort wo die Stangen hinsollen verlaufen Wasserrohre. Völlig klar: Die Wasserrohre müssen verlegt werden. Wir sind in Deutschland. Aber welch Pech, daß dort bei den Fahnenstangen auch die Ehrentribüne hinsoll. Probleme!
Noch ist es nicht klar ob die Büsten der Generale Bülow und Scharnhorst an die Orte rechts und links der Wache aufgestellt werden sollen, wo sie von 1822 bis 1948 standen. Es wäre vielleicht doch zu entlarvend. Bei der Einweihung wird das Militär nicht groß sichtbar anwesend sein. Aber die Pressestelle ihres Militärs hat schon angekündigt, daß sie bei "Würdigungen" antreten und stehen wollen. "Ehrenposten" vor der Gedenkstätte erfüllen für sie auch nicht den Tatbestand des militärischen Zeremoniells. Eine vergrößerte Plastik von Käthe Kollwitz's Piëta wird den Mittlelpunkt der umgebauten Neuen Wache bilden. Sie stellt eine Mutter mit ihrem toten Sohn auf dem Schoß dar. Käthe Kollwitz hat im ersten Weltkrieg ihren Sohn ermuntert, in den Krieg zu ziehen. Ein paar Tage später ist er gefallen. Es ist unmöglich, die Grausamkeit des Faschismus in diese Plastik zu pressen. Als nationales Mahnmal ist sie ein Zeichen des Mutterkultes und ein Kriegerdenkmal. (Es zeigt den freiwillig ins Feld gezogenen Krieger - aber nicht die Millionen Opfer. Außerdem ist die Mutter mit dem sterbenden Sohn in der Geschichte schon oft für Kriegerdenkmäler benutzt worden.)
Erst nach dem Protest von vielen, während dem NS verfolgten Gruppen gab Kohl vor 1½ Monaten nach und akzeptierte eine Gedenktafel mit einer Auflistung der Verfolgten während dem NS: Juden, Sinti und Roma, Schwule, Lesben, Behinderte, Menschen die wegen ihrer politischen oder religiösen Einstellung verfolgt wurden. Sie sollten eigentlich nicht mehr auftauchen. Dafür aber werden alle Anderen wieder geehrt, in der neuen Gedenkstätte mit der Inschrift: "Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft". Z.B.: "Wir gedenken der Frauen und Männer, die verfolgt und ermordet wurden, weil sie sich totalitärer Diktatur nach 1945 widersetzt haben." Oder:"Wir gedenken der Gefallenen der Weltkriege" (auch den SS-Leuten und Wehrmachtssoldaten; Täter sollen zu Opfern gemacht werden.).
AntifaschistInnen werden an diesem Tag in Halbe sein, wo Neonazis aufmarschieren wollen, um den bei der letzten Schlacht vor Berlin im 2.Weltkrieg gefallenen Soldaten zu gedenken. Besonders den gefallenen SS-Soldaten, in deren Tradition sie stehen. Gleichzeitig steht Kohl in Berlin und gedenkt diesen SS-Soldaten in einem Atemzug mit den Opfern des NS. Das ist eine Verhöhnung der Menschen, die durch den NS umgekommen sind. Außerdem ist es ein weiterer Schritt zur Umbewertung der deutschen Geschichte, und ein Versuch diese unliebsame Geschichte mittels eines Mahnmals zu entsorgen.

Kein Vergeben, kein Vergessen!
Keinen Volkstrauertag für die Täter!
Überlegt Euch Aktionen für den 14.11. !

Uhrzeit aus der Presse

Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke !?

Unter dieser Vorgabe läuft seit etwa 1 1/2 Jahren eine autonome "Kampagne". Auch wenn viele schon bei diesem Begriff zusammenschrecken, bzw diese Art von Politik total ablehnen, ist es unserer Meinung nach unabdingbar, auch sogenannte Kampagnenpolitik zu betreiben. Doch darum soll es hier nicht gehen.
Wir sind ein autonomer Zusammenhang, der sich mit mehreren direkten Aktionen von Sommer 92 bis Frühjahr 93 in das Thema eingebracht hat. Unsere Arbeit dazu liegt jetzt aber bis auf weiteres auf Eis, d.h. wir haben seit geraumer Zeit nichts mehr zur Oberbaumbrücke gemacht. Dies ist kein endgültiges Ende, unter Bedingungen, die wir im Text weiter erläutern, sind wir bereit, erneut militant einzugreifen.
Wir wollen hier keine Gesamteinschätzung zum Thema Oberbaumbrücke machen, sondern eher versuchen unsere Überlegungen mitzuteilen. Wir machen das öffentlich, weil wir es für einen Fehler halten, wenn Diskussionsprozesse, auch klandestiner (verdeckt arbeitender) Gruppen, über die Änderungen ihres politischen Handelns nicht nach außen vermittelt werden.
Die Ausgangsbedingungen waren, so dachten wir, ziemlich positiv. Am Thema Oberbaumbrücke hätten viele Menschen nicht nur hier im Kiez zusammenkommen und für ihre durchaus unterschiedlichen Interessen gemeinsam kämpfen können. Die, die nicht wollen, daß ihre Kids auf der Autobahn Skalitzer Straße totgefahren werden. Diejenigen, welche "nur" gute Luft haben wollen, natürlich die GegnerInnen der Hauptstadt und der Automobilgesellschaft und die, die die Lebensqualität im Kiez halbwegs bewahren wollen, von erklärten RevolutionärInnen erst gar nicht zu sprechen. Also "die" Linke im weitesten Sinne. Diese breite politische Bewegung, die entstehen würde, hatten wir uns vorgenommen militant zu begleiten - nicht als Avantgarde, sondern als Salz in der Suppe des Widerstandes. Für uns ging es weniger um die gute (?) Luft im Kiez, als vielmehr den Umstrukturierungsstrategen etwas einzuheizen und mit hoffentlich vielen Leuten an einem Punkt zusammenzukommen - gegen die Haupstadt (sic!), gegen ein Berlin der Bonzen.
Diese Hoffnung war ein völliges Windei, denn sämtliche Aktionen wie Brückenbesetzung, Demos usw. liefen unter fast ausschließlicher Beteiligung von Teilen der autonomen Szene ab. Also noch nicht einmal diejenigen, die ein antagonistisches Verhältnis zu diesem System haben, ließen sich vollständig mobilisieren. Über das warum wollen hier nicht reden, sondern über das, was das für uns bedeutet hat.
Fast alle unsere Aktionen waren auf die am Bau maßgeblich beteiligte Firma Kemmer bezogen. Erklärtes Ziel war, den Rückzug von den Bauarbeiten zu erzwingen. Uns war von vornherein klar, daß solcherlei Aktionen nicht isoliert stehen dürfen, wenn sie einigermaßenen Aussicht auf Erfolg haben sollten. Aber eingebettet in eine politische Bewegung, die auf allen Ebenen vorgeht, wäre das möglich gewesen. Die historischen Vorbilder dafür waren, ohne die Dynamik der Kämpfe vergleichen zu können, der Widerstand gegen die Startbahn West und die Atomprojekte im Wendland und in Wackersdorf.
Nun, die öffentlichen Aktionen gegen die Oberbaumbrücke zeigten ähnlich wenig Wirkung wie unsere Anschläge, soweit wir das beurteilen können. Mobilisieren ließ sich nur wenige und die ganze politische Arbeit blieb an ein paar AktivistInnen hängen. Nach der Räumung der Brücke und den Demos d[illegible]gen schlief auch noch das wenige ein was noch war, sieht mensch einmal von den Sonntagsspaziergängen mit eher spärlicher Beteiligung ab. Bezüglich unserer Aktionen hatten wir bald den Eindruck, daß es eine Art von Nachrichtensperre in den bürgerlichen Medien gab. Berichte hierzu gab es jedenfalls kaum. Entweder fielen die Sachen völlig unter den Tisch oder wurden in fünf Zeilen abgehandelt. Den Begriff "Nachrichtensperre" verstehen wir hier nicht ausschließlich als von oben angeordnetes Instrumentarium irgendwelcher Geheimdienste, um den Widerstand zu schwächen. Die Gründe, warum kaum was in den Medien war, können vielschichtig sein.
So hatten wir jedenfalls nur sehr selten eine Rückmeldung, ob und was wir überhaupt erreichen. Uns war immer völlig unklar, ob Kemmer materiell getroffen ist und eventuell über Rückzug nachdenkt oder ob sie das Ganze überhaupt nicht kratzt, um nur zwei mögliche Extremreaktionen zu nennen. Weitere Punkte waren, daß wir am Anfang nichts über die Größe von Kemmer wußten, also die Struktur des Gegners uns unbekannt war. Auch gab es weder von uns noch anderen eine Eskalation der Militanz. Hinzu kam, daß es - wie bei anderen Themen auch - wenige bis gar keine Szenedebatten über ein Vorgehen gegen die Oberbaumbrücke und den Stadtring gab. So lief alles ein bißchen wie im luftleeren Raum ab.
Mit dem Ende der öffentlichen Aktionen fanden wir uns ziemlich isoliert wieder. Wir kamen ziemlich schnell zu dem Schluß, daß in einer solchen Situation nicht einfach weitergemacht werden kann, als wenn nichts geschehen wäre. Allein durch Anschläge ist noch kein Projekt der Herrschenden verhindert worden - nur das Zusammenwirken der Kräfte auf allen Ebenen ohne Spaltungen verspricht überhaupt eine Chance auf Erfolg, jedenfalls beim derzeitigen Kräfteverhältnis (siehe der erfolgreiche Kampf gegen Olympia).
Diese Erkenntnis ist nicht neu, muß aber immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden, weil es offensichtlich auch immer wieder Gruppen gibt, die glauben auch völlig entfernt jeder politischen Bewegung handeln zu können, ja die sogar einen Scheiß darauf geben, ob ihr Handeln vom sonstigen Widerstand begrüßt wird oder nicht. Im Zweifelsfall wird dann einfach der militärische Einsatz erhöht, mit dem die mangelnde politische Verankerung ausgeglichen werden soll. Ein solches Vorgehen kann zwar kurzfristig "Erfolge" bringen, ist auf Dauer gesehen aber immer zum Scheitern verurteilt.
Sollte es eine neue Bewegung gegen die Öffnung der Oberbaumbrücke geben, sind wir auf jeden Fall wieder dabei.
Voraussetzung dafür ist und bleibt allerdings, daß sich viele Menschen konstruktiv in diese Bewegung einbringen und aktiv werden. Die Tendenz, am Schreib- oder Kneipentisch zu sitzen und Zensuren für andere zu verteilen, sollte den ZynikerInnen und völlig Resignierten vorbehalten bleiben. Die andere bedenkliche stattfindende Tendenz ist die der Mythologisierung der militanten Aktion. Zum einen erfährt sie sie damit eine Erhöhung, die ihr nicht zusteht, zum anderen ist es die Entschuldigung für die eigene Bequemlichkeit, nicht aktiv zu werden. Beides bedeutet einen Hang zum Kommentieren, zum Außenstehen, zum Konsum. Eben deshalb: Es gibt nix Gutes, außer mensch tut es !
Wir können hier keine Vorschläge zur Fortsetzung des Kampfes gegen das Projekt Oberbaumbrücke machen, sondern lediglich denjenigen Menschen, die da dran sind, erklären, warum wir unsere Aktionen zur Zeit eingestellt haben und versichern, daß wir wieder dabei sind, sollte es nochmal losgehen. Dazu müssen ein Haufen Leute raus aus ihrer Passivität kommen. In den achtzigern hätte es dazu geheißen, daß die Herrschenden noch nie in den Tränen des Volkes

untergegangen sind. Heute können wir ohne jedes Pathos sagen, daß mit Resignation und Passivität alles nur noch schlimmer wird und diejenigen, die glauben daß es gar nicht mehr schlimmer werden kann, sich absolut im Irrtum befinden.
Deshalb gibt es keine Alternative zum Widerstand.

Eine autonome Gruppe



Sonntag früh* ab halb acht, nach vier Wochen MAHNWACHE GEGEN VERTREIBUNG, gab es wieder mal Ärger auf dem Marx-Engels-Forum. MahnwächterInnen und kurzfristig zuzammengerufene FreundInnen standen schließlich fest eingehakt im dichten Kreis. Die Staats-Gewalttäter wußten nicht so recht, wo sie angreifen sollten, versuchten mehrmals vergeblich, einen Keil in die Menschen zu treiben. Wir haben zusammengehalten und uns gegen den Druck gestemmt. Es hat ne Weile gedauert, bis wir doch auf die Karl-Liebknecht-Straße gequetscht und geschlagen waren.



Vor der Drehtür vom Forum-Hotel stand zu viel Grünzeug rum. Also sind wir weiter - das Lagerfeuer inner Schubkarre - durch die Straßen von Mitte, auf der Suche nach nem Platz für unsere Schlafsäcke.

Jetzt wärmen wir uns NEBEN DEM THEATER AM ROSA-LUXEMBURG-PLATZ. Bürermeister Keil kann hier erstmal nicht schon wieder seine Bullen auf uns hetzen.

*am 7. November 93
Leute vonner Volxbühne





Erfolg macht schön - alle und alles?

Einige Nachbemerkungen zur Nolympiakampagne

Die Nolympiakampagne (NK), die immerhin mit einem grandiosen Erfolg unsererseits und einer kräftigen Blamage der politischen Klasse in Berlin und Deutschland vorläufig endete, hat das Leben vieler Menschen, besonders der in ihr aktiven, maßgeblich geprägt. Es ist daher notwendig, einen Moment innezuhalten, das Geschehene zu reflektieren sowie seine positiven und negativen Aspekte zu analysieren, bevor sich mensch auf neue Aufgaben stürzt.

Dies gilt generell für jede ernstgemeinte politische Arbeit, auch um nicht den Bezug zur eigenen Geschichte, und zwar zur individuellen wie kollektiven, zu verlieren. Nolympia hat auch mein Leben stark beeinflußt, und ich schreibe diesen Text als einer, der sich seit Sommer 91 kontinuierlich auf die eine oder andere Art und Weise gegen Olympia engagiert hat. D.h., daß alle Kritik, die ich formulieren werde, auch ausdrücklich Selbstkritik ist. Schließlich befinden wir, die autonome bzw. radikale Linke dieser Stadt, uns trotz des Erfolgs wieder in der gesellschaftlichen Defensive, und das war in der NK bereits so angelegt.

Doch beginnen wir mit dem Anfang: Es ist einigen Autonomen, und zwar insbesondere dem AOK, zu verdanken, daß die Probleme, die Olympia 2000 mitsichbringen würde, erst ins Szene- und später ins gesellschaftliche Bewußtsein der Stadt gelangten. Schließlich hatte der "Rot"-Grüne-Senat die Bewerbung vom Zaum gebrochen, war die PDS unkritisch-naiv sportbegeistert in der DDR-Tradition befangen, daß internationaler Sport Frieden und Völkerverständigung dienen würde; und die Grüne Liga hatte noch 1991 nichts anderes an den Olympiaplänen auszusetzen, als daß die schnellwachsenden Pappeln, die im Olympischen Dorf gepflanzt werden sollten, irgendwelchen Vogelarten nicht passen würden.

Den ersten antiolympischen Bemühungen des AOK im Frühjahr und Sommer 91 kamen insofern eine enorme Bedeutung zu. Denn diese mündeten immerhin -jetzt schon unter Szenebeteiligung- in der Aktionswoche gegen den IOC-Besuch im September, innerhalb der auch eine Demo mit 2000 Menschen stattfand. Politisch gesehen waren das die selben Menschen, die ein halbes Jahr zuvor verrgeblich (auch wegen des PDS-Verrats) gegen die Hauptstadtentscheidung demonstriert hatten.

Die Aktiontswoche blieb auf die Szene beschränkt. Sie zeitigte dennoch Wirkung. Zum einen wurde den IOC-Bonzen, dem Senat und der Öffentlichkeit zum ersten Mal deutlich klar gemacht gemacht, daß es eine grundsätzliche Opposition zu diesem Prestigeobjekt in Berlin gibt. Daß sie uns in ihrer Arroganz der Macht nicht ernst genommen haben, war ihr größter Fehler. Zum anderen wurden mehr Menschen innerhalb und außerhalb der Szene mobilisiert, gegen Olympia aktiv zu werden. Neue Gruppen bildeten sich, und innerhalb der linksalternativen Szene begannen die Diskussionen zum Thema.

Es erschienen die erste AOK-Broschüre sowie die ersten Plakate und Spuckies unter dem Motto "Olympia verhindern". Das Reizvolle an Olympia war ja, inhaltlich mehrere Fliegen mit einer Klappe und thematische Brücken schlagen zu können: kapitalistische Umstrukturierung der Stadt, Nationalismus und faschistische Kontinuitäten, Verkehrspolitik, kapitalistisch-patriachaler Körperkult. Sehr sinnvol wäre es gewesen, wenn sich noch viel mehr Gruppen aus unserem Spektrum von verschiedenen inhaltlichen Seiten aus ans Thema herangewagt hätten.

Dies geschah natürlich nicht, denn von allein bzw. wegen moralischer Appelle bewegt sich niemand, auch nicht in einer sogenannten eigendynamischen Bewegung. Die NK war ja auch kein (Teil)ergebnis strategischer Diskussionen von Gruppen mit revolutionärem Anspruch, sondern typische Feuerwehrpolitik, die aber aus den konkreten Zwängen der Situation historisch ihre Berechtigung hatte. Bei allen Defiziten gilt: Lieber eine solche Kampagne als gar kein politisches Handeln.

In der Folge kam es zu einer verstärkten Zusammenarbeit von autonomen und reformistischen Gruppen, zu einer intensiveren Medienarbeit, die das Kameramann-Arschloch-Syndrom der Autonomen zu überwinden suchte und zu ersten militanten Angriffen.

Ich verzichte nun auf eine weitere chronologische Darstellung der Ereignisse wie zum Beispiel die Besuche in Lausanne usw. - nur soviel: Daß sich die NK in diesem Jahr zu einem solchen Bewegungshoch (Aktionen und Demos zum Besuch der Prüfungskomission des IOCs im April und im September in Berlin und Monaco) aufschwingen konnte, war der ausdauernden Arbeit einiger GenossInnen im Vorfeld zu verdaanken, die seit langem immer am Olympiaball geblieben sind.

Dieser Umstand sollte auch den autonomen Mythos von der achso progressiven Bewegungsdynamik, nach dem soziale Bewegungen aus sich selbst heraus, quasi einem perpetuum mobile gleich, ihre Kraft schöpfen, ein wenig relativieren. Ohne zähe Arbeit einiger "Kader" keine Bewegung! Nicht, daß ich diesen Umstand gut fände, aber er ist Realität, mit der umgegangen werden muß und die nicht aus ideologischen Gründen geleugnet werden kann.

Was zeichnete nun das Bewegungsdhoch aus?
"Eine Bewegung von unten, in der Autonome und andere Linksradikale mit ReformistInnen erfolgreich zusammenarbeiteten, hat mit Breite und Militanz ein Projekt der Herrschenden verhindert."(Interim v.7.10.93)
Daß die Entscheidung verhindert werden konnte, lag auch daran, daß das Entscheidungsgremium eine internationale Auswahl hatte. Hier lag vielleicht auch eine psychologische Ursache für viele, sich an Nolympia zu beteiligen, war doch die Chance,zu einem bestimmten absehbaren Zeitpunkt erfolgreich zu sein, real gegeben. Wir sollten die Notwendigkeit von politischen Erfolgserlebnissen für jede/n Einzelne/n nicht unterschätzen. Mensch kann nicht ständig nur gegen etwas anrennen. Umso schlimmer ist, daß wir uns trotz dieses Erfolgs nun schon wieder politisch in der Defensive befinden.

Doch zurück zum Positiven:
Trotz der massiven Repression kamen jeweils 15000 Menschen zu den letzen beiden großen Demos. Darüberhinaus sind einige hoffnungsvolle Erfahrungen von Solidarität von unten gemacht worden.(Lappenkrieg in Friedrichshain, Prozeß gegen die Strausberger u.ä.). Und hinter den DemonstrantInnen stand mehr als die Hälfte der berliner Bevölkerung. Das gesellschaftliche Bewußtsein in Berlin war trotz der penetranten Medienkampagne des Senats weiterhin olympiakritisch - ein Verdienst der Medienarbeit der BAK und sonstiger Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit durch Plakate, Veranstaltungen u.ä. anderer Gruppen. Erwähnt sei hier noch einmal der in 100.000facher Auflage erschienene Nolympia-express, der sieben grundsätzliche Argumente gegen Olympia bürgerInnennah formulierte und auch die Gewaltfrage nicht aussparte.

Denn das Stärkste der NK war, daß sie sich zu keinem Zeitpunkt in gewaltfreie und gewaltbefürwortende AktivistInnen spalten ließ. Im

Gegenteil: Die Legitimation von Gegengewalt von unten ist massiv propagiert (durch die Tat wie durch Vermittlung) und von weiten Teilen der Bevölkerung verstanden und akzeptiert worden. Die Menschen haben begriffen, "daß es nur durch Gewalt geht/ und wenn Du es selber machst."(Brecht) Sie haben gelernt, daß soziale Interessen derer ganz Unten gegen die Oben mit allen dafür notwendigen Mitteln durchgesetzt werden müssen. Hierauf ließe sich aufbauen.

Allerdings ist Militanz noch lange kein politischer Wert an sich. (Faschos sind auch gewaltätig.) Politische Gewalt dient immer bestimmten politischen Zielen. Und genau da lag der Knackpunkt der NK. Unser politisches Ziel beschränkte sich darauf, Olympia in Berlin zu verhindern. Das war allgemeiner Konsens, kleinstes gemeinsames Vielfaches sozusagen. Wenn von uns darüber nichts relevantes hinausgeht, wird eine solche Kampagne zwangsläufig reformistisch. Das merken wir nun. Wir haben einen Sieg errungen, aber in der Stadt ist alles beim alten geblieben oder hat sich gar verschlimmert. Die Hauptstadt und Umstrukturierung kommt, die Wagenburgen werden geräumt, und die Luft dagegen ist raus.

Es ist ja gar nicht schlimm, daß eine linke Kampagne ein bestimmtes konkretes Ziel, das nicht die Revolution ist, verfolgt, aber dieses Ziel, diese Praxis muß eingebettet sein in eine Theorie und Praxis, wie die Verhältnisse in diesem Land radikal geändert werden können, wegen denen wir ständig Kampagnen inizziieren. Eine Kampagne ist nur dann eine politisch sinnvolle, wenn sie auch Ziele über sich selbst hinaus formuliert und angeht.

In der Heinz-Schenk-Dabatte ist herausgearbeitet worden, daß die autonome Kampagnenpolitik in der Tendenz reformistisch ist.(Hier wird vielleicht die Trennung zwischen Autonomen und Refos obsolet) Die NK hat diese allgemeine Aussage konkret verifiziert - so schmerzlich diese Erkenntnis auch persönlich sein mag. Die NK hat keine Ziele über den 23.9.93 hinaus benannt und hat sich somit selbst zum fast folgelosen Intermezzo in der Geschichte degradiert.

Viel wichtiger aber war, daß sich die NK konsequent von jeder revolutionären Politik ferngehalten hat. Wie gesagt, Militanz ist kein Wert an sich, das war militanter Reformismus! Die Autonomen haben zwar immer betont,daß sie grundsätzlich gegen Olympia sind (das war dann schon radikale Kritik!), aber es wurde immer "vergessen", daß die patriachal-kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse, unter denen wir leiden und von denen wir profitieren, revolutionär geändert werden müssen, wollen wir den Menschen eine Perspektive frei von Angst bieten, wollen wir uns selbst und unsere Politik überhaupt ernstnehmen.

Ich habe mit Autonomen immer wieder die Erfahrung gemacht, daß sie keinen Wert legen auf genaue Formulierungen in Flugis etc., weil diese zu schlagwortartig seien (z.B. Kapital, Patriachat, revolutionär usw.). Nun kommt mir der Verdacht, daß dies nur ein formales Argument ist, um sich nicht auf eine grundsätzlich systemoppositionelle (antagonistische) Politik und Lebensweise festlegen lassen zu müssen. Es gibt kein wirkliches antagonistisches Bewußtsein in der autonomen Szene. Die Kampagnenpolitik, auch die NK, ist Ausdruck und Folge davon.

Dabei wäre die Chance für eine antagonistische Politik gegeben gewesen: Die NK war eine konkrete soziale, z.T. militante Gegenmacht von unten. Sie hat viele Leute mobilisiert und politisiert, sie hat vermittelt, daß die Unten gemeinsam etwas erreichen können. Aber sie war keine revolutionäre Gegenmacht. Diese aufzubauen, darum sollte es perspektivisch gehen. Daran sollten auch jene denken, die gern von sozialer Gegenmacht reden und diese

möglicherweise mit einer revolutionären verwechseln.

Hätte die NK der Ausgangspunkt einer revolutionären Gegenmacht sein können? Heinz Schenk sagt nein, da autonome Kampagnenpolitik faktisch immer reformistisch war. Ich war und bin mir da nicht so sicher. Jede Kampagne entsteht unter anderen konkreten Bedingungen, und die in Berlin schrieen förmlich nach einer NK.

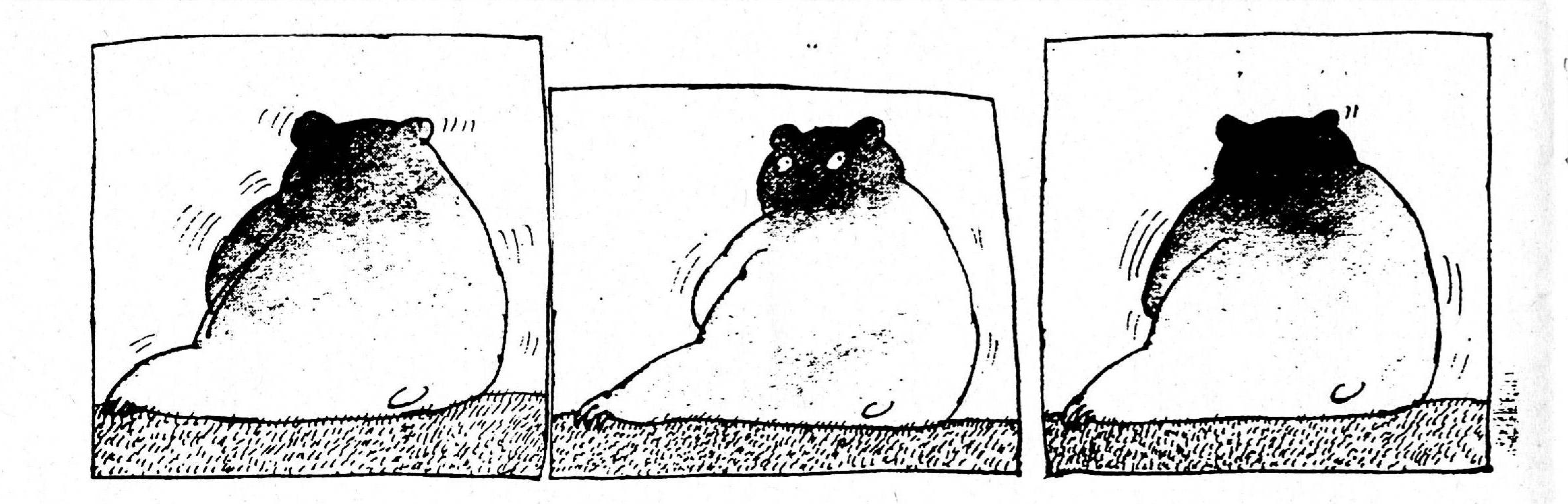
Hätten die in ihr Aktiven viel stärker eine Perspektivdiskussion mit revolutionärem Anspruch eingefordert, hätte sich die Praxis auch daran orientiert, wäre der 23.9.93 als ein Zwischenschritt zur sozialen Befreiung begriffen und propagiert worden, hätten wir an diesem Tag schon mal ansatzweise die Machtfrage gestellt (Weg mit der großen Koalition!) und uns nicht davor gedrückt, weil die meisten Autonomen (Keine Macht für niemand!) damit sowieso ihre ideologischen Schwierigkeiten haben, wären mühsam aufgebaute Srtrukturen mangels Diskussionsbedarfs nicht einfach in sich zusammengebrochen, dann, ja dann könnte die Situation in Berlin schon ganz anders aussehen...

So stehen wir wieder am Anfang bzw. trotz des Erfolgs sogar darunter. Wir haben der neuen Reichshauptstadt, der Umstrukturierung der Stadt und des Arbeitsmarktes, der zunehmenden Faschisierung dieses Landes nicht viel entgegenzusetzen - schon gar keine revolutionäre Perspektive. Ursachen dafür sind der zumeist fehlende revolutionäre Anspruch (es lebe das Bock-prinzip!) und die fast zwanghafte Organisationsfeindlichkeit innerhalb der autonomen Szene. Dies stellt aber keine Perspektive für eine antagonistische Bewegung dar!

Aus all dem werden die meisten AntiolympionikInnen ihre individuellen Lösungen suchen, werden sich, wenn sie nicht frustriert aussteigen, neue Tätigkeitsfelder suchen, werden wieder völlig von vorn anfangen und in ihrem Teilbereich vorsichhinwursteln. Meine wird die sein, daß ich mich möglichst aus derartig angelegten autonomen Kampagnen zukünftig raushalten werde, um mir nicht die Suche nach neuen Wegen durch permanente Sachzwänge (z.B. Räumung, Faschoalarm o.ä., was aber konkretes Verhalten nicht ausschließt) zu verbauen.

Mich würde brennend interessieren, wie andere Menschen aus der NK das alles bewerten.

Aro



OFFENER BRIEF DER

KAMPAGNE GEGEN REGIERUNGSUMZUG UND UMSTRUKTURIERUNG

"Ab auf die Insel!", "...in fünf Jahren wohn'ich nicht mehr hier".
Ähnliche Reaktionen hören wir in letzter Zeit immer häufiger aus unserem Freundinnen- und Bekanntenkreis. Das kann nicht die einzige Antwort auf die laufenden Umstrukturierungsmaßnahmen und den geplanten Regierungsumzug sein!

Auch wir sehen die deutliche Verschlechterung der Lebensbedingungen in unserer Stadt:

- unbezahlbare Mieten
- nerv- und lebenstötender Autoverkehr
- Vertreibung von Gewerbetreibenden aus der Stadt
- wachsende Obdachlosigkeit und Armut
- Vernichtung ökologischer Nischen
- Zerstörung gewachsener Kiezstrukturen

Der drohende Regierungsumzug nach Berlin beschleunigt und verstärkt diese Entwicklung. Nur die gemeinsame Anstrengung aller Betroffenen kann diese Tendenzen verlangsamen, aufhalten oder umkehren!
Im fortgeschrittenem Stadium der Umstrukturierung und nach erfolgtem Umzug ist Widerstand nur noch defensiv führbar, als aussichtslose Verteidigung letzter Freiräume in einer nach den Bedürfnissen von Konzernen und Politik geprägten Metropole.
Wir denken, daß die gegenwärtige Situation günstig ist, für eine breite Bewegung gegen Umzug und Umstrukturierung,

- da Widersprüche unter den Herrschenden die Umsetzung der Umzugsentscheidung verzögern
- da nach dem Scheitern der Olympiabewerbung in der Bevölkerung Skepsis bis Ablehnung gegenüber vollmundigen Versprechungen und großartigen Plänen vorherrschen.

Eine Kampagne gegen den Regierungsumzug bietet die Möglichkeit punktuelle Initiativen gegen einzelne Umstrukturierungsmaßnahmen zusammenzuführen und Resignationstendenzen in der Bevölkerung entgegenzuwirken.Eine solche Bewegung sollte mit Vorstellungen einer positiven Alternative für unsere Stadt verbunden werden.

Wir rufen daher alle Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen auf, mit uns für eine lebenswerte Zukunft in unserer Stadt zu kämpfen.
Laßt uns den Plänen der Allparteienkoalition eine außerparlamentarische Bewegung für eine Utopie entgegensetzten, die geprägt ist von:

- basisdemokratischen Strukturen
- dezentraler Stadt- und Stadtteilentwicklung
- Kiezstrukturen, in denen Wohnen und Arbeiten zusammengehören
- Ökologie
- lebendiger, bunter Alltagskultur.

Das Treffen der Kampagne ist jeden Mittwoch um 20 Uhr im St. Thomas-Gemeindehaus, Bethaniendamm 29.

Dort ist auch weiteres Material zur Kampagne zu bekommen.

Von Krokodilen und Hexen

Die Kettenhunde des Kapitals

Lose Blätter gegen Umstrukturierer und Profiteure

Montag, 18.10, Jahrestag der Morde von Stammheim und Auftakt der Aktionstage des Häuser- und Wagenburgenplenums. Ein "Spektakuläres Happening gegen happige Spekulation" wird angekündigt. Vor dem Büro von Hennig von Harlessen (Besitzer von Marchstraße/Einsteinufer) gibts happige Redebeiträge und eine "Terrordisko". Anders vor dem Art-Hotel, dessen Besitzer H. Penz und W. Pleß für Umstrukturierung, Vertreibung und Profite durch das Betreiben von Flüchtlings-, AusiedlerInnen- und Obdachlosenheime stehen. Hier ist Happening angesagt. Die Palette reicht von Chorgesängen bis zum gebratenem Fischstäbchen. In einem witzigen und peppigen Puppentheater lösen ein hungriges Krokodil und eine Q-Damm-Hexe, die aus New Yorck (?) stammt, das Problem mit der Plenzki-Bande auf spielerische Art. Die Schweinsköpfe werden vom Krokodil gegessen und die Miethaie zu Fischstäbchen verarbeitet. Der Chor stimmt die Resolution der Kommunarden an: "In Erwägung ihr hört auf Kanonen, andere Sprache könnt ihr nicht verstehen, haben wir beschlossen, ja das wird sich lohnen, die Kanonen auf euch zu drehen." So weit, so lustig. Die Stimmung ist gut und die Kundgebung macht Spaß.
Aber dann taucht plötzlich putzmunter Penz in Begleitung eines jungen Pikkelgesichtes (nach ungesicherten Infos war es Pleß) auf. Dieser wahre Menschenfreund sucht das Gespräch. Und er findet es! Penz und das Pikkelgesicht verschwinden kurz und kommen dann wieder. Spätestens jetzt sind die OrganisatorInnen im Klaren darüber, daß es sich um Penz handelt. Aber sie behalten es für sich. Der Klampfenbarde singt weiter seine Balladen und Penz findet wieder neue GesprächspartnerInnen. Vergessen die Resolution der Kommunarden, vergessen der Wunsch ihn zu Fischstäbchen zu verarbeiten. Und das Krokodil und die Hexe sind also doch nur Puppen und liegen nach Ende der Vorstellung wieder brav in ihrer Kiste. Eine peinliche Vorstellung. Wie kann mensch eine solche Figur, die sich an der existentiellen Not von Flüchtlingen und Obdachlosen bereichert, so unbehelligt lassen?
Für uns war es eine schwer verdauliche Enttäuschung!

Wer ist Plenzki?
Plenzki ist der Kunstname aus den drei Hauptverantwortlichen: Helmuth **Penz** (Heydenstr. 19, 1-33), Wilhelm **Pleß** (Sigismundkorso 1, 1-31) und Dietrich Gars**ki** (Wangenheimstr. 23, 1-33).

Mit unserer Offenlegung des Plenzki-Komplexes **(Interim 249, S. 7)** wollten wir eine Möglichkeit schaffen, Profiteuren der Umstrukturierung und der bundesdeutschen Asylgesetzgebung auf ihre gierigen Hände zu schlagen.
Für alle Leute, die keine Lust haben sich die oben angeführte Interim-Nr. herauszusuchen oder die verkürzte Version der Yorckstraßen-BewohnerInnen (Interim 257, S.6), hier noch eine kleine Schnelleinführung. Die Plenzki-Bande ist hauptsächlich in drei Bereichen tätig: Hotels, Gewerbehöfe und Flächen, und dem Betreiben von Flüchlings-, Obdachlosen- und AussiedlerInnenheimen. Penz und Pleß führen zusammen die Firmen Sorat, Gierso, P+P, Fapeg u.a. Die Sorat Hotel Consult betreibt 3 Sterne Hotels, davon bald sechs in Berlin (4 sind noch im Bau). Andere Sorat-Firmen, die Gierso, P+P betreiben die Heime. Penz und der Skandalarchitekt Garski (er fungiert über seine Ehefrau Claudia) haben sich im Gewerbebereich zusammengeschlossen. Die Firmen hier: GWF, Pega Bau, CBN u.a. Diese Firmen kaufen z.B. Gewerbehöfe oder bauen auch ganze Gewerbeparks. Gemeinsam haben die insgesamt über 40 Firmen eins: Fast überall sitzt Penz mit drin und der Firmensitz ist immer das Einsteinufer 63/65.
Mit unserer Veröffentlichung im Juli verfolgten wir unseren Traum von der Verknüpfung verschiedener Teilberei-



Nicolas Meißner, weiterer GF bei Sorat

che. Penz und die ganze verfluchte Plenzki-Bande sind dafür einfach prädestiniert. Auf der einen Seite steht er mit seinen Hotel- und Bürokomplexen für die Umstrukturierung von Stadtteilen. Besonders deutlich wird dies im Prenzelberg und in Moabit. Die Menschen, die dadurch in die Obdachlosigkeit getrieben werden, "fängt" er in seinen Obdachlosenheimen wieder auf - und kassiert dafür enorme Summen. Für ihn ist es das Zukunftsgeschäft, denn die Menschen, die ihre Wohnungen verlieren, werden ständig mehr. Penz ist in diesem Geschäft einer der zentralen Betreiber geworden. Und er sorgt dafür, daß dieser Teufelskreis sich immer schneller dreht.
In seinen 15, von der Sorat- und Gierso geleiteten Flüchtlingsheimen leben mindestens 2500 Flüchtlinge. Die Asylrichtlinien sind so rigeros, daß die Flüchtlinge kaum eine andere Wahl haben, als in Heimen zu wohnen. Daraus schlägt Penz & Co einen Wahnsinns-Profit. Um es mal in Zahlen klar zu machen: 23,- DM scheffelt er pro Tag und Flüchtling, also monatlich 1.750.000,- DM, nur für die Unterbringung. Das sind knapp 700,- DM pro Flüchtling und Monat. Für dieses Geld ließe sich schon eine Wohnung finanzieren. Wenn mensch dabei bedenkt, wie gedrängt die Flüchtlinge untergebracht werden, wird deutlich, welche immensen Gewinnspannen in diesem Geschäft liegen.
Wir wollten die autonome Flüchtlings- und Anti-Rassismuspolitik um den Umstand bereichern, daß auch die Profiteure der Asylgesetzgebung angegriffen werden können und müßten. Auch wenn wir die Abschottung der Grenzen nicht verhindern konnten und auch keine Antwort auf die Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge gefunden haben, sollte doch nichts unversucht bleiben, das Rad der flüchtlingsfeindlichen Politik zurückzudrehen.

Es kann nicht angehn, daß Penz weiter monatlich Millionen einstreicht, während die Flüchtlinge seit dem 1.11. nur noch 80,- DM Taschengeld pro Monat bekommen. Penz ist kein Menschenfreund, wie er sich selbst gerne darstellt, wegen seiner Beherbergung von Flüchtlingen und Obdachlosen - er ist knallharter Profiteur. Und als solcher muß er angegriffen werden!
Eins ist sicher: Einen Teil seiner Hotel- und Bürokomplexe finanziert er mit den Gewinnen aus seinen Heimen. Anders ist es kaum möglich, daß er gleichzeitig an zehn Hotels bauen kann. Penz ist neu in diesem Hotelgeschäft. Seine ersten Sorat-Hotel-Firmen wurden 89 gegründet und ab da setzte der große Schwung ein. Aber das ist auch die Chance. Die Gefahr, das er sich übernimmt, ist groß. Seine 14 Hotels und die anderen Projekte kann er nur mit Krediten finanzieren. Hier reicht ein Stolperstein, ein unvollendetes Projekt, ein schlechter Ruf in der Öffentlichkeit wegen stinkender Hotels, kleine Zahlungsschwierigkeiten - und sein ganzen Kreditkartenhaus bricht zusammen.
Arbeiten wir daran!

Nachschlag zum Plenzki-Komplex
Profitable Verbindungen

In diesem Nachschlag wollen wir einige Geschäftsverbindungen von der Plenzki-Bande offenlegen, die wir im Juli aus bestimmten Gründen weggelassen hatten oder die wir da noch nicht kannten.

Die Neukölln S+L Connection
Vor kurzem fiel uns dieses Bild vom



Im Juli war Richtfest für das erste Büro-Hotel von SORAT
v.l.n.r.: Gerd Benger, Geschäftsführer Bassmann & Partner
Bauherr Peter C. Bassmann
Bezirksbürgermeister Hans-Dieter Mey
Nicolas Meißner, Geschäftsführer SORAT Hotels

Richtfest des Sorat Bürohotels in Neukölln, Rudower Str. 92 in den Schoß. Vier zufriedene Umstrukturierer und Profiteure. Um dieses Bild voll zu machen, fehlten leider zwei wichtige Figuren. Der Neuköllner Umstrukturierungsstadtrat Bodo Manegold und der Staatssekretär bei Stadtentwicklung und Umweltschutz, Wolfgang Branoner. Gerd Benger, Manegold und Branoner haben Anfang/Mitte der 80er Jahre in bzw. mit der senatseigenen Wohnungsbaufirma Stadt und Land (S+L) zusammengewirkt. Während Benger von Juli 83 bis April 87 Geschäftsführer (GF) war, saß Manegold im Aufsichtsrat und Branoner war Baustadtrat in Neukölln. Ein Bauskandal jagte den anderen. Bestechungen waren üblich in dieser Zeit und brachten zwei S+L Verantwortliche kurzfristig Knast ein. Benger konnte nichts nachgewiesen werden und Branoner, der 27.000,- einsackte wurde dafür zum Staatssekretär hochgelobt. Diese einschlägigen Erfahrungen und seine Freunde Branoner und Manegold, der inzwischen zum Baustadtrat von Neukölln aufgestiegen war, brachte Benger bei Bassmann & Partner ein. Bassmann & Partner gehört zu den Großen in der Baubranche (mindesten 9 Firmen, Sitz in der Cicerostr. 27, 1-31) und läßt sich bei jeder Schweinerei gerne sehen. Mehr Umstrukturierung wagen, ist die Devise von Bassmann & Co. Benger schaffte es in kurzer Zeit in mehreren Bassmannfirmen GF zu werden. Das sich Penz mit seiner Sorat in Zusammenarbeit mit Bassmann & Partner mit seinen Bauvorhaben überall durchsetzen kann, wundern nicht mehr. Erst recht nicht in Neukölln.
Nochwas zu Neukölln, das jetzt nichts mit der Plenzki-Bande zu tun hat. An der Sonnenallee/Ecke Ziegrastr. entsteht das größte Hotel der BRD mit 1100 Zimmer (!) und dem wohltuenden Namen "Estrel Redidence Hotel". Bauherr ist die Unternehmensgruppe Streletzki mit Sitz in der Köpenickerstr. 126 in Mitte. Neben dem Bauwert Hotel in der Hermannstr. und den anderen Hotelneubauten erhält Neukölln eine Edelhoteldichte, die den Kiez nachhaltig zu einem Schicki-Kiez umstrukturieren wird.

Die Pizza-Connection

Ernst Freiberger (Wallotstr. 3, 1-33), der Pizza-Gigant aus Bayern hat neben seinen Pizzen ein neues Betätigungsfeld gefunden; Büro- und Hotelkomplexe. Am Tegler Nordhafen wurde der erste Komplex fertiggestellt. 15.000 qm Bürofläche und ein Mittelklasse-Hotel mit 107 Zimmern. Freiberger investierte hier 60 Mio. DM. Das Hotel wird von Penz' Sorat betrieben. Nicht anders sieht es für Moabits größtes Umstrukturierungsprojekt aus. Der Umbau der alten Bolle-Meierei zum Dienstleistungs- und Hotelzentrum "Der Spree-Bogen" (Alt Moabit 94-104). Für langweilige 500 Mio. DM werden hier 120.000 qm Bürofläche aus dem Boden gestampft, 100 Yuppy-Wohnungen für die leitenden Angestellten, schicke Restaurants und Boutiquen - und ein 220 Betten Hotel. Auch hier ist der Betreiber die Sorat. Diese enge Zusammenarbeit der Plenzki-Bande mit der Freiberger-Gruppe (mindestens 8 Firmen unter diesem Namen) läßt weitere gigantische Bauprojekte befürchten. Für die gewachsene Kiezstruktur rund um das "Spree-Bogen"-Projekt wird es auf kurz oder lang das Ende bedeuten. Außer es wird verhindert!



Ernst Freiberger

Hauert und Noack

Mit Hauert und Noack (H+N, Q-Damm 219) verbindet Penz eine gemeinsame Firma, die GfI Immobilien GmbH & Co Spreebogen KG. Die GfI, eine H+N-Firma übernahm die Penz-Garski Firma GWF Ende 89. Garski als Kommanditist stieg aus und die GRUNDAG (auch N+N) ein. Penz verringerte seinen Anteil, blieb aber Kommanditist. H+N gehören zu den Großen des Berliner Bausumpfes. Die GRUNDAG war z.B. maßgeblich an der Umstrukturierung des Winterfeldplatzes beteiligt. Ansonsten fallen H+N immer wieder durch Zerstörung von Wohnraum, MieterInnenterror - z.B. Prinzenallee 58 und Luxusmodernisierungen auf.

Klaus Franke
Mit dem korrupten Bausenator a.D. verbindet Garski die Firma "Grundstücksverw.-gesellschaft Cuvrystr. 20-23 mbH & Co Verw. KG". Beide haben einige 100.000 DM eingelegt. Da Franke, ähnlich wie seine ehemaligen S+L Kollegen, noch über die gut geschmierten Bestechungskanäle verfügt, ist auch er eine wahre Bereicherung für die nimmermüde Plenzki-Bande.

Die Schröders von Labani
Mit der RAin **Ingrid Theisinger-Schröder (Auf dem Grat 46, 1-33)** verbindet Garski eine gemeinsame Firma, die Labani Grundstücks GmbH & Co KG. Nach Bekanntmachung des GF von Labani, Wolfgang Vogel (Hölderlinstr. 11, 1-19) ist die Labani, die Besitzerfirma des Gewerbehofes Yorckstr. 59, wo die MieterInnen durch Verdreifachung der Miete vertrieben werden sollen. Laut dem Flugblatt der Yorckstraßen-BewohnerInnen vom Oktober ist ihr Besitzer die Penz-Garski-Firma GWF. Auch wenn dieser Umstand nicht entscheidend ist, vielleicht könnte er der Klarheit wegen geklärt werden. Labani hat ihren Sitz in der Leibnitzstr. 58. Dort befindet sich auch ihr RA-Büro, und das Büro ihres Mannes, Wolfgang Schröder, der Notar ist und in dieser Funktion notarielle Bescheinigungen für die GWF ausstellt.

Schlußendlich noch einige Veränderungen zu unserem Text vom Juli. Penz Hauptprokurist N. Meißner ist seit 9/93 GF der Sorat Hotel Consult GmbH, neben Penz und Pleß. Der Stand der Sorat Hotels ist folgendermaßen: vier Hotels sind in Betrieb, zwei davon in Berlin. An zehn weiteren wird aktuell gebaut, davon vier in Berlin (Stolpe-Süd, Neukölln, Prenzelberg, alte Bolle-Meierei). Das Sorat Flüchtlingsheim in Köpenik wird wegen massiver rechter BürgerInnenproteste nicht in Betrieb genommen.
Wer/welche mehr über die Plenzki-Bande wissen will, weitere Namen und Adressen, ihr Aufbau, ihr breitgefächertes Firmen- und Tätigkeitsfeld, ihre Arbeitsweise - die/der sollte nochmal die Interim 249, S.7 vom Juli in die Hand nehmen.

Durchschlagende Grüße an die RZ, die die Menschenjäger vom BGS am 3.10. angegriffen haben!!
Flüchtlinge bleiben - Nazis und Profiteure angreifen und vertreiben!!
Kein Regierungssitz - keine weiteren Umstrukturierungen - viel Kraft und Erfolg den BewohnerInnen der Yorckstr. !!

AAT



Golfplatz verwüstet
Rund eine Million Mark Schaden - Zeugen und Hinweise gesucht

Hanauer Golfplatz zerstört

Täter wüteten wie Maulwürfe
Politische Motive werden nicht ausgeschlossen

keine nazipropaganda! uns stinkts!...

... und jetzt stinkt es in der videothek cityvideo in der prenzlauerallee 64.
dieser laden tat sich bisher durch ein außergewöhnlich breites sortiment an verherrlichenden videos über die waffen- ss (nach dem motto: " eine starke truppe"), orginal nazi- wochenschauen und filmen über die "großtaten" der deutschen wehrmacht im zweiten weltkrieg hervor.
wir hoffen, buttersäure und ein hinterlassener apell bringen die ladeninhaber dazu, ihr sortiment zu überdenken...!

W.I.P. (widerstand ist praktikabel)

PRESSE ERKLÄRUNG:

zum JAHRESTAG 2.11 haben wir auf dem inneren zufahrtsweg an der startbahn-west autoreifen und einen holzstoß in brand gesetzt.

SOLIDARITÄT mit den STREIKENDEN ARBEITERINNEN in paris / orly und überall!

autonome saboteurInnen '93

Wir haben in der Nacht zum Mittwoch, den 3. November 1993, bei der Bonner Burschenschaft *Frankonia* in der Lennéstraße 10 zwei Scheiben eingeworfen und das Gebäude mit einigen Farbbeuteln verschönert.

Die schlagende und farbentragende Studentenverbindung gehört zum Dachverband *Deutsche Burschenschaft* (DB). Viele konstituierende Merkmale rechtsextremen Denkens lassen sich in den Verlautbarungen von Burschenschaften nachweisen. Dazu zählen unter anderem: die Verneinung universeller Freiheits- und Gleichheitsrechte, ein völkischer Nationalismus, verbunden mit dem Streben nach einem neuen Großdeutschland, ein biologistisch begründetes und damit rassistisches Menschenbild (basierend auf der durch "Blutszugehörigkeit" bestimmten "Volksgemeinschaft"), ein rigider Antikommunismus, Antifeminismus und Antipazifismus. Grundsätzlich begreifen sich Studentenverbindungen, und hier vor allem die militaristischen Burschenschaften wie die *Frankonia*, als "Elite der Nation" und tragen ihr menschenverachtendes Gesellschaftsbild durch ihre ausgezeichnet funktionierenden Seilschaften über die Unis hinaus in Politik und Wirtschaft.

Ihr Einfluß und ihre Gefährlichkeit beschränken sich also nicht auf die Hochschulen. Schon immer standen sie auf der Seite von Herrschaft und Unterdrückung - ob im Ersten Weltkrieg, der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus oder heute, wo die Politik dieses Staates mit seinen Massenabschiebungen, abgeschotteten Grenzen, Sozialabbau und Militarisierung nach innen und außen befürwortet und nachdrücklich unterstützt wird. So gastierten im "Frankenhaus" stramme Antisemiten wie der Dominikanerpater Basilius Streithofen, ideologische Brandstifter wie der Bonner Politikprofessor Hans-Helmuth Knütter und Schreibtischtäter wie der ehemalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer.

Ein Musterbeispiel staatstragenden Demokratieverständnisses gab die *Frankonia* am 22. Juni dieses Jahres, als sie über dreißig Menschen nicht zu einem ursprünglich als öffentlich deklarierten Vortrag von Knütter in ihr Haus ließ und stattdessen zwölf AntifaschistInnen jetzt Verfahren wegen "Hausfriedensbruchs" und "Nötigung" am Hals haben.

In der *Frankonia* findet außerdem regelmäßig ein Lesezirkel der neurechten Zeitschrift *Criticón* statt. Auch sonst fühlt sich dort vor allem das erzkonservative bis neofaschistische studentische Spektrum wohl, wie etwa der FAP-Funktionär René Decrouppee.

Geistige Wegbereiter des Faschismus wie die "Franken" sollen wissen, daß ihre staatstragend-elitären, völkisch-nationalistischen, frauenverachtenden und antikommunistischen Ansichten und Aktivitäten nicht ohne Antwort bleiben. Unsere nächtliche Aktion war eine davon!

KAMPF DEN BRANDSTIFTERN AUF DER STRASSE UND IHREN WEGBEREITERN IN SCHLIPS UND KRAGEN!

DIE ANTIFASCHISTISCHE EINHEIT SCHAFFEN!

Gruppe Jupp Messinger
(Bonner Kommunist, 1933 von den Nazis zu Tode gefoltert)

Wir haben
1)am 28.10.93 das Auto des Nazi Anwalts Carsten Pagel im Ritterlandweg 53a, Berlin Wedding abgefackelt,
2) am 3.11.93 die Wohnungstür des REP Gesundheitsstadtrates von Neukölln Bernd Bruschke, Wermuthweg 3, achte Etage, Berlin Neukölln besprüht, mit Buttersäure versaut und die Schlösser verklebt,
3) das Auto des Cheflektors des Ullstein Verlages Dr. Rainer Zitelmann, Friedrich Wilhelm Platz 3, Berlin Friedenau abgefackelt.

Am 9. Nov. jährt sich die Reichspogromnacht zum 55. Mal.
An diesem Tag wollten die Eurorechten, also die Faschisten im Europaparlament (Vlaams Block, Front National, MSI, Republikaner) eine Tagung im Berliner Reichstag abhalten. Diese Tagung wurde in Berlin von der Deutschen Liga für Volk und Heimat und den Republikanern unterstützt.
Diese Parteien werfen sich das Deckmäntelchen der Demokratie um, um ihren rassistischen, totalitären und sexistischen Ideologien zum Durchbruch zu verhelfen. Damit unterscheiden sie sich zwar noch nicht von den etablierten Parteien, aber ihre Funktion ist es, durch markige Sprüche und Verbindungen zum faschistischen Straßenterror die Argumentationsgrundlage der Herrschenden zu sein, um den sogenannten gesellschaftlichen Konsens immer weiter nach rechts zu drehen.

Am 9. Nov. wollten sie das Andenken von Millionen im Nationalsozialismus verfolgten, mißhandelten und ermordeten Menschen verhöhnen, indem sie ihren Revisionismus (Ausschwitzlüge, Theorie der Mitschuld der Opfer an der eigenen Verfolgung, Bagatellisierung des Nationalsozialismus) ungehemmt propagieren. Weiterhin unterstützen sie die Verfolgung von Ausländern, Linken und Flüchtlingen, die täglich in diesem Land passieren.

Die Faschisten haben ihre Tagung abgesagt, nicht zuletzt deshalb weil sie Angst vor uns haben.
Wir haben diese symbolische Aktion trotzdem durchgeführt, nicht weil wir der Meinung sind, die Faschisten damit wirklich zu behindern, sondern um zu zeigen, daß es möglich ist, die "normalen" und biederen Faschisten aus ihrer Anonymität herauszureißen. Wir wissen wie sie aussehen, wo sie wohnen und wie sie sich bewegen.
Faschisten werden weder alleine durch militante Aktionen noch alleine durch das Wort bekämpft. Auch wenn es den Faschisten immer häufiger gelingt in öffentlich Funktionen einzudringen und sich vile Menschen daran gewöhnen, kann es für uns keine Normalität mit ihnen geben. Wenn wir ihrem Treiben auch nur ansatzweise Einhalt gebieten wollen, ist eine breite Palette politischer Aktionsformen notwendig.
Um zu zeigen daß das möglich ist, haben wir einigen wenigen versucht ein wenig einzuheizen.

Laßt uns die Faschisten treffen wenn wir sie schlagen.

Autonome Gruppen

Erklärung zur Aktion gegen Rainer Zitelmann

Wir haben am 8.11.1993 das Auto (metallischroter 3er BMW, B-MW 4796) von Dr. Rainer Zitelmann, Friedrich Wilhelm Platz 3, Berlin-Friedenau abgefackelt.
Er gehört zu den Schlips und Kragen Faschisten, die dezent im Hintergrund, dafür aber in strategisch wichtigen Positionen agieren. Zitelmann gehört zu der Riege revisionistischer Historiker um Ernst Nolte. Ab 1987 war er wissenschaftlicher Assistent beim Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin. Während dieser Zeit veröffentlichte er zwei Machwerke. Das eine "Hitler, Selbstbildnis eines Revolutionärs" beschäftigt sich mit Adolf Hitler als glänzendem Staatsmann, den selbst keine Schuld an der millionenfachen Verfolgung und Ausrottung Oppositioneller zukommt. Den Begriff Revolutionär benutzt Zitelmann durchaus positiv, denn Hitler habe mit vielen geschichtlich nutzlos gewordenen Konventionen gebrochen. Nach eigenen Angaben war Zitelmann früher Maoist.

Sein zweites Werk hat er gemeinsam mit R. Smelser herausgegeben: "Die braune Elite, 22 biographische Skizzen". Zitelmann bearbeitet wieder sein Lieblingsthema Adolf Hitler. Er schafft ein Führerbild bei dem Jung- und Altfaschisten richtig ins Schwärmen geraten. Hitler, der kühle Staatsmann, der konsequent seine außen- und innenpolitischen Ziele durchsetzt. Hitler die große Persönlichkeit: "Charakteristisch für Hitler waren erstens die Radikalität und der Ausschließlichkeitscharakter, mit denen er all seine Ansichten, Einsichten und Vorurteile vertrat, und zweitens sein Versuch, seine Anschauungen "rational" zu begründen und zu einem in sich geschlossenen und widerspruchsfreien, für alle Probleme Lösungen bietenden Weltbild zu formen. Gefühle, die anderen Menschen nur Unbehagen bereiteten, trieben ihn zur Verzweiflung. Radikaler als viele seiner Zeitgenossen nahm Hitler wirkliche oder vermeintliche Mißstände wahr."
Zitelmann vertritt die Auffassung, Hitler sei nicht Ursache des Holocaust gewesen, sondern dieser sei eine Folge der Zuspitzung der Radikalisierung der Gesellschaft gewesen.
Wohlgemerkt, er leugnet nicht die Massenermordungen von Juden, er verharmlost sie lediglich. Denn wenn der Holocaust eine Folge historischer Gesetzmäßigkeiten war, bedeutet das, daß die Täter nicht anders handeln konnten, sie also keine Schuld trifft.

Zwischendrin streut er einige Betroffenheitsaussprüche, um den äußeren Anschein der Ausgewogenheit zu wahren: "Diejenigen, die nicht zu dieser Volksgemeinschhaft gehörten, erlebten im Dritten Reich eine ganz andere Realität: nicht ein Mehr an Gleichheit und Chancen, sondern Ausgrenzung, Verfolgung, Demütigung und Unterdrückung." Welch eine zynische Verharmlosung für Folter, Mord Vergewaltigung.

Würde mensch bis hierher noch denken können, es handele sich um einen intellektuellen Neurechten, der versucht neue Brauntöne in der deutschen Vergangenheit zu entdecken, der sieht sich eines besseren belehrt. Er bewegt sich im eindeutig rechtsradikalem Umfeld.

Seinen Einstand zum Wechsel zum Ullstein/Langen-Müller Verlag, dem drittgrößten Verlagshaus der BRD, gab er mit dem Sammelband "Die Schatten der Vergangenheit-Impulse zur Historisieung des Nationalsozialismus". Dort schreiben unter anderem Ernst Nolte und Michael Wolfssohn.

Anliegen des Werkes sei es, die historische Debatte zu versachlichen. So heißt es da in der Einleitung: "Aber auch die 'Vergangenheitsbewältigung' bedarf eines rationalen Diskurses. Nicht nur der -im wahrsten Sinne des Wortes- "Fall Jenninger" belegt die mangelnde Gelassenheit der öffentlichen Meinung, wenn es um die Aufarbeitung der Vergangenheit geht."

In dem darauffolgenden Aufsatz "Was heißt Historisierung des Nationalsozialismus?" (von U.Backes, E.Jesse und Zitelmännchen), plädieren die Autoren für den Entfall der moralischen Bewertung und eine gesammtgeschichtliche Betrachtungsweise des NS: "Bei der Einordnung und Beurteilung historischer Erscheinungen und Konstellationen spielen Vergleiche eine zentrale Rolle. Die Behauptung der 'Unvergleichbarkeit'bestimmter Ereignisse (wie etwa der nationalsozialistischen Judenvernichtung) stellt eine contradictio in adjecto (Widerspruch in sich) dar". Ein paar Seiten später werden die Autoren noch deutlicher. Sie wehren sich gegen das Verbot rechtsradikaler Schriften. Sie sorgen sich um das Wohlergehen von Autoren wie Arthur Butz und Wilhelm Stäglich, die den Holocaust leugnen und bedauern, daß "für eine indizierte Schrift Werbeverbot besteht. Noch gravierender aber ist der Umstand, daß Autoren, deren Arbeiten indiziert sind, als sozial geächtet gelten." Alles soll frei zugänglich sein, so versuchen Neurechte unter dem Mäntelchen der offensiven Historik Terrain für ihre faschistischen Gedankenbrüder zu erobern. So wundert es auch nicht mehr, wenn da eine ernsthafte Auseinandersetzung mit David Irvings Thesen (Ausschwitzlüge) gefordert wird, da diese "tendenziell fruchtbar" wirkt.

1992 wurde Zitelmann von Herbert Fleissner auf den Posten des Cheflektors im Ullstein Propylän Verlag berufen. Fleissner hat, bevor er nach dem Tode Springers Geschäftsführer bei Ullstein / Langen-Müller wurde, Franz Schönhubers Glorifizierung der Waffen SS "Ich war dabei" verlegt, und ist Mitglied im sudetendeutschen pronationalsozialistischen Witiko-Bund.

Als Cheflektor bestimmt er nicht nur was in das Programm aufgenommen wird, er hilft auch tatkräftig mit, rassistische Propaganda unters Volk zu bringen.
1992 regt er den Altrassisten Heinrich Lummer an sein Machwerk: "Asyl - Das mißbrauchte Recht" zu schreiben, wofür ihm dieser herzlich dankt. In diesem Werk wimmelt es von Zigeunern, Scheinasylanten und Kriminellen. Wellen von Kriminellen aus dem Balkan und Schwarzafrika schwappen da zu uns rüber. Das Asylrecht soll ganz abgeschafft werden, denn Schutz vor Verfolgung ist nichts anderes als Humanitätsduselei. Das ganze gipfelt in der Drohung, daß sich schnell etwas ändern müsse, denn der Frieden zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Ausländern sei labil.

Als Herausgeber von "Westbindnung: Chancen und Risken für Deutschland " trat er zusammen mit Karlheinz Weißmann in Erscheinung. Weißmann ist Herausgeber der Nazi und Rassistenpostille Mut und Autor der Jungen Freiheit.
Kein Wunder also, daß Zitelmann gerne Interviews in dieser Zeitung gibt, insbesondere wenn es um neue Konzeptionen für die selbsternannte "taz der Rechten" geht.

Wir halten es für notwendig einen jener seriösen Herrschaften aus ihrer Anonymität herauszureißen, die unter ihrer weißen Weste die braune Unterwäsche tragen. Während faschistische Parteien wie die Republikaner auf der parlamentarischen Ebene agieren, treiben Intellektuelle wie Zitelmann den Rechtsruck auf subtilere Weise

voran. Er macht nicht nur den Nationalsozialismus wieder salonfähig, indem er sich vor allem mit dessen positiven Seiten beschäftigt, er hofiert selber tiefbraunes Pack und nimmt eindeutig Stellung auf Seiten der Rassisten und Täter.

Erklärung zur Aktion gegen Carsten Pagel

Wagensportliga gegen Volk und Heimat

Wir haben C. Pagel (Büroadresse Fregestr 73, Berlin Friedenau) zum Ziel einer antifaschistischen Aktion gewählt, weil er nach fast 12-jähriger Karriere im rechtsextremen und faschistischen Lager als Nazianwalt, als Autor in neofaschistischen Publikationen wie die "Junge Freiheit" und als Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL) und Kuratoriumsmitglied des "Hoffmann v. Fallersleben Bildungswerks" eine Drahtzieherfunktion innerhalb des Berliner neofaschistischen Spektrums hat.

Zur Erinnerung noch einmal einige Daten aus dem Werdegang des heutigen Verbindungsmannes zwischen militanten Neonazis, Neuen Rechten und Altnazis in Berlin.

C. Pagel - eine Spinne im braunen Netz Berlins und Nazianwalt

Dezember 1991
Pagel wird zum Kuratoriumsmitglied des **"Hoffmann v. Fallersleben Bildungswerks"** gewählt. Das "Bildungswerk" war im Januar 1991 als Sammlungsorganisation für militante Neonazis, Vertreter der Neuen Rechten und Altnazis gegründet worden. Laut Selbstdarstellung hat das "Bildungswerk" sich vor allem der ideologische Schulung, z.B. durch eintägige Kurzseminare, von allen, die "im nationalen Lager tätig sind" verschrieben (wobei es keine Grenze nach rechtsaußen gibt). Zu den Referenten gehören u.a. ex-Euro-REP Emil Schlee, Markus Motschmann, Matthias Bath u.a. Über das "Bildungswerk" wird gleichzeitig versucht, die politischen und propagandistischen Schwerpunkte unterschiedlicher Strömungen im Berliner Faschistenspektrum festzulegen und zu koordinieren. Das "Bildungswerk" dient gleichzeitig als Tarnorganisation für die im Oktober 1991 gegründete Deutsche Liga für Volk und Heimat (DL), einem Zusammenschluß ehemaliger NPDler, ex-REPs, NSDAP/AO-Kadern u.a. Ziel der DL ist es, eine faschistische Sammlungspartei mit modernisiertem äußeren Erscheinungsbild aufzubauen.

Mai 1992
Für den 8. Mai 1992 planten die "Nationalen" einen faschistischen Aufmarsch mit Holocaust-Leugner David Irving als Hauptredner am sowjetischen Kapitulationsmuseum in Karlshorst. Beim Versuch, das gerichtliche Verbot des Aufmarsches aufheben zu lassen, fungiert Pagel als Anwalt für die Nationalen. Der Aufmarsch bleibt verboten. Antifaschistische DemonstrantInnen verhindern alle weiteren Versuche der Neonazis, sich doch noch zu sammeln.

November 1992
Pagel tritt als Anwalt für die "Deutsche Kulturgemeinschaft" und deren Vorsitzende Ursula Schaffer auf, um gegen das gerichtliche

Verbot des 2. faschistischen Aufmarsches auf dem Soldatenfriedhof in Halbe vorzugehen.

Januar 1993
Pagel nimmt an der gemeinsamen "Feierstunde zur Reichsgründung" der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V. und dem Hoffmann v. Fallersleben Bildungswerk teil.

Darüber hinaus ist C. Pagel mitverantwortlicher Redakteur der Berlinseite der größten Zeitung der Neuen Rechten, **"Junge Freiheit"** und vertritt als Rechtsanwalt immer wieder Altnazis und militante Neonazis.

Nazifunktionäre wie C. Pagel machen in Schlips und Anzug faschistische und rassistische Ideologie salonfähig - seine Kontakte reichen bis in die CDU hinein.

Die Umsetzung dieser Ideologie in die Praxis, vom Staat und den etablierten Parteien gefördert und unterstützt durch rassistische Hetze und zunehmende Ausgrenzung und Stigmatisierung aller, die nicht den herrschenden Normen entsprechen wollen oder können - MigrantInnen, Flüchtlinge, schwarze Deutsche, Obdachlose, Behinderte, Lesben, Schwule, Linke - sind über 50 Tote und die vielen namenlosen Opfer rassistischen und faschistischen Terrors der letzten vier Jahre.

Die zeitliche Nähe der Aktion zum Jahrestag der Reichsprogromnacht am 9. November 1938 ist bewußt gewählt: Es geht jetzt nicht darum, irgendwelchen "Anfängen" zu wehren, sondern der faschistischen Kontinuität und deren Vertretern in der BRD einen praktischen Antifaschismus entgegenzusetzen.

Eine autonome Gruppe

Betr.: RIM unterwandert Schoko-Fabrik.....

Is ja irre, daß die anderen Projekte auch schon gemerkt haben, daß das Schokocafé "unterwandert" ist. Nur komisch, daß das erst jetzt passiert, obwohl in den letzten 1 1/2 Jahren eine Veranstaltung über den ruhmreichen Kampf des peruanischen Volkes und die gloreiche massenhafte Beteiligung der revolutionären Weiblichkeit die andere jagte, ohne daß das zu nennenswerter Empörung führte. Isses nicht viel eher so, daß es mehr wehtut, keine Netzerk-Knete zu bekommen ?! Wieso haben sich denn vorher keine empört über die penetrannte Plakatierung z.B., über die sichtweise Anwesenheit der Oberschrei= hälsinnen, die sonst aus diversen Projekten rausgeflogen waren?
Wenn Rassismus eine Rolle spielen sollte, dann ja wohl der Positivrassismus, der es zuläßt, daß Stalinistinnen nur deshalb nicht rausfliegen, weil sie Ausländerinnen sind! Und die Empörung, diese Frauen machten ja "Männer= politik" ist ja wohl auch ein bißchen dünn, gell?

Eine die vor 1 1/2 Jahren schon die Schnauze vom Schokocafé aus o.gen. Gründen vollhatte

„Miese Taktik" und „Schweinereien" wirft die Kommandoebene der Rote Armee Fraktion (RAF) in einem Brief an die *Frankfurter Rundschau* den sogenannten „Hardlinern" um Brigitte Mohnhaupt und Helmut Pohl vor. Sie hatten vor einer Woche in einer ebenfalls der *FR* übergebenen Erklärung die Celler Häftlinge Dellwo, Taufer und Folkerts und die Kommandos bezichtigt, einen „Deal" mit der Bundesregierung zu planen. Wir dokumentieren das am Freitag eingegangene Schreiben, das die Sicherheitsbehörden als „authentisch" ansehen. Die Grafik zum Text geht auf die Anfänge der RAF zurück und zeigt Andreas Baader und Gudrun Ensslin. Sie illustrierte schon die Erklärung vom April 1992, die den Umdenkungsprozeß der Kommandos erstmals öffentlich machte.

Antwort auf Spaltungserklärung vom 28.10.93 an die Gefangenen aus der RAF, die sich dahinter gestellt haben.

Für die Auseinandersetzung aller, die mit dem Kampf der RAF und der Gefangenen verbunden sind.

Es hat nie irgendwelche Geheimverhandlungen zwischen uns und dem Staat gegeben. Es ging in unseren Überlegungen nie darum, den bewaffneten Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen zu „verdealen". Alle Behauptungen, die das Gegenteil suggerieren, sind Dreck, unwahr.

Richtig ist, daß wir am 10.4.92 die Eskalation zurückgenommen haben, da mit den globalen Veränderungen Ende der 80er Jahre die Zentralperspektive der revolutionären Linken zusammengebrochen war und damit auch die Funktion des bewaffneten Kampfes in der BRD in der strategischen Vorstellung der vergangenen Epoche. Ausdruck dieser Entwicklung waren auch die Grenzen, auf die wir gestoßen sind. Die gesamte Entwicklung verdeutlichte uns, daß eine kritische Reflexion der Kämpfe der vorangegangenen Epoche, d.h. auch des Kampfes der RAF, dringend notwendig ist. Eigentlich banalste revolutionäre Selbstverständlichkeit.

In dieser Phase, in der es vordringlich um das Herausfinden neuer Wege und Gedanken für den Umwälzungsprozeß ging und geht, wollten wir auch, daß die Freiheit der politischen Gefangenen erkämpft wird. Dazu haben wir immer gesagt, daß das nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden kann.

Es entspricht nicht unserer Verantwortung aus 23 Jahren Kampf der RAF, die RAF unter allen Umständen ins nächste Jahrtausend zu retten. Wir waren offen für alle möglichen Formen und Transformationsgedanken, je nachdem, was wir und alle, die sich an der Neubestimmung revolutionärer Politik beteiligen, als das Beste für den zukünftigen Prozeß für die Umwälzung herausgefunden hätten. Und diese Bestimmung der Mittel und Organisationsformen ist nur möglich aus der neu zu entwickelnden strategischen Vorstellung. Das hat nichts mit der Aufgabe der Option auf bewaffneten Kampf zu tun.

Die Freude von Staat und Kapital über den politischen Todesstoß, der Eure Erklärung gegen die RAF sein sollte, kommt zu früh: Wir werden solange die Verantwortung, die wir als RAF haben, tragen, bis das neue herausgefunden worden ist. Und ob das dann weiter RAF heißt oder die Transformation der RAF innerhalb einer Neuformierung der revolutionären Linken, ist uns heute völlig egal. Hauptsache, es entspricht den Notwendigkeiten und Vorstellungen für den Umwälzungsprozeß. Entsprechend war auch das, was wir in der Weiterstadt-Erklärung gesagt haben ernst, so wie alles, was die RAF sagt, dem entspricht, was wir denken:

„Es wird darum gehen, die sowohl international wie auch innergesellschaftlich veränderte Wirklichkeit umfassend zu begreifen..., denn nur in einer tiefgreifenden Auseinandersetzung wird es möglich werden, eine Vorstellung zu gewinnen, wie die Verhältnisse revolutionär aufzuheben sind. Und nur aus diesem Prozeß können die Fragen nach den Mitteln des Kampfes und den konkreten Formen der Organisierung neu beantwortet werden."

Wir sagen ausdrücklich: die Gespräche, die die Celler Gefangenen mit Ströbele hatten bzw. mit I. Bubis führen wollten — in dem Inhalt, wie Karl-Heinz das in der *taz* vom 1.11.93 erklärt — standen in der Tat nicht im Widerspruch zu unseren Vorstellungen.

Mit Eurer Erklärung vom 28.10. ist ein Punkt erreicht, an dem Ihr uns zwingt, zu der Geschichte zwischen der RAF und einigen Gefangenen, zu den fortlaufenden Verdrehungen und Versuchen, eine Entsolidarisierung gegen uns zu erreichen, öffentlich Stellung zu beziehen.

Wir hätten nach dem Schlag vom 27.6. 1993 gegen uns mehr Zeit gewollt, um wieder in der Öffentlichkeit zu reden.

Wir mußten uns mit dem schweren Fehler, dem Kontakt mit dem VS-Spitzel, auseinandersetzen, wozu wir zu einem späteren Zeitpunkt noch was sagen werden. In erster Linie hat uns die Verhaftung von Birgit und die Ermordung von Wolfgang getroffen. Darüber hinaus die Tatsache, daß durch den Spitzel der Staat die Möglichkeit eines militärischen Schlages gegen uns in der Hand hatte, so daß wir die reale Entwicklung in der Konfrontation mit dem Staat an einem existentiellen Punkt nicht richtig überblickt haben. Wir sind mit einer Situation konfrontiert gewesen, in der es für uns darum ging, unsere Möglichkeit neu herauszufinden, wie wir uns produktiv in den Prozeß für Neubestimmung revolutionärer Politik einbringen können. Der 27.6. hatte für uns eine völlig neue Situation geschaffen. Dabei haben wir darauf gehofft, trotz der Widersprüche im Zusammenhang Gefangene/RAF, trotz des von einigen von Euch bereits vollzogenen Bruchs, nochmal zu einer Vorstellung zu kommen, in der wir uns politisch aufeinander beziehen können. Das wollten wir in einem neuen Abschnitt, der so oder so vor uns liegt. Dieser Versuch wäre unsere Sache gewesen.

Eine Trennung von Euch wollten wir nicht, obwohl einige von Euch nach dem Schlag gegen uns das, was vom Staatsschutz zu erwarten gewesen wäre, selbst in die Hand genommen haben: den Bullen auch noch politisch gegen uns zu drehen. Das Gerede von der „Steinmetzschen Einheit", „dem ideologischen Fuß des VS bei den Illegalen" bis hin zu der Unterstellung, die Celler Gefangenen, Birgit, Wolfgang und wir hätten „einen Platz im Reich" gesucht.

Seit langem sind die Äußerungen einiger von Euch wie Bewegungen im Reagenzglas des Staatsschutzes. Für einige von Euch scheint es schon länger Selbstverständlichkeit zu sein, bei inhaltlichen und politischen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem Staat zu beschuldigen und ihnen jede moralische Integrität abzusprechen. Genau auf so eine Haltung hat schon der ehemalige Hamburger VS-Chef Lochte gesetzt, als er nach '89 für Eure Zusammenlegung eintrat. Er war davon überzeugt, daß Ihr nicht mehr in der Lage wärt, mit Widersprüchen und Unterschieden umzugehen, sondern Euch gegenseitig zerfleischen würdet.

Die jahrelangen und immer wiederkehrenden Anschuldigungen und Gerüchte von einigen von Euch gegen unsere gefangenen Genossen in Celle haben schon mal dazu geführt, daß international Gerüchte rumgingen, die Gefangenen in Celle würden mit dem VS zusammenarbeiten. Das setzt sich bis heute fort mit der Lüge in Brigittes Erklärung, die schon am 30.10. im Interview mit Ströbele offensichtlich wird: Ströbele hätte mit VS-Benz gesprochen.

Bis zum 28.10. hatten wir darauf gehofft, daß diese Gefangenen, die sowas nötig haben, nochmal den Sprung aus ihrer kleinbürgerlichen Konkurrenz schaffen — dem deutschesten Alltag bei GenossInnen, die sich mit ihrem ganzen Leben einmal für etwas anderes entschieden hatten. Wir hatten gehofft, daß es nie soweit kommen würde, daß die RAF und Gefangene aus der RAF ein weiteres zerstrittenes Grüppchen wird, wie viele in der BRD, die nur noch gegenseitig Gift verspritzen und sich so ins politische Aus manövrieren.

Wir schreiben diesen Brief in dem Bewußtsein, daß es wichtigere Fragen aus der Situation in der BRD und international gibt, zu deren Antworten wir damit nichts beitragen können. Aber nun ist auch unsere Schmerzgrenze überschritten.

Hinter Eurer Erklärung steckt miese Taktik, sonst wäre es unmöglich gewesen, daß Ihr heute eine solche Initiative von Gefangenen als Deal mit dem Staat denunziert, obwohl doch einige von Euch eine ganz ähnliche Initiative überlegt hatten, in der Zeit um '90 rum, als in Texten von Euch von „Freunden der Vernunft" die Rede war, was sich ja auch auf Typen aus der Wirtschaft bezog. Das erfuhren wir damals viel später, sozusagen „durch Zufall".

Ihr wolltet damals nichts anderes als Bewegung in den Prozeß bringen, in dem es auch um Eure Freiheit ging und darum, neue Ausgangsbedingungen für Euch, für uns, wie für alle, die neue Bestimmungen suchten, durchzusetzen. Auch dafür sollten wir den bewaffneten Kampf zurückzunehmen, allerdings ohne öffentlich zu sagen, daß das in einem Zusammenhang steht.

Wir unterstellen Euch nicht, daß es Euch um den Deal mit dem Staat und den „Platz im Reich" ging. Ihr solltet das gegenüber Birgit, Wolfgang, den Celler Gefangenen und uns auch lassen.

Wie wir heute wissen, habt Ihr das damals unterlassen wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg, und weil es damals mit unseren politischen Vorstellungen zusammen nicht möglich gewesen wäre. Eure Empörung ist heuchlerisch. Was Ihr heute auf dem Markt als Deal feilbietet, den Gesamtlösungsgedanken — die illegalen eingeschlossen — kam auch von Euch. Von einigen von Euch sind wir verdammt, verflucht und gehaßt worden, weil wir das nicht „rechtzeitig" einsehen wollten. Selbstverständlich hattet Ihr vorgesehen: möglicherweise erstmal Exil.

Zur Vorstellung einiger von Euch ge-
hört auch, daß wir eine Erklärung abge-
ben: daß die RAF den bewaffneten
Kampf einstellt. Damals hieß es: anson-
sten ist jeder Gedanke an die Freiheit
der Gefangenen Illusion. Wir sollten uns

zurückziehen, dazu würde der Staat
„danke" sagen und sonst nichts — was
dann komme, wisse niemand. Das war al-
lerdings nie unsere Vorstellung, weil wir
davon ausgegangen sind, daß wir nur in
einem Kampfprozeß neue Ausgangsbe-
dingungen durchsetzen können, was auch
heißt, in einer Zeit bewaffnet zu interve-
nieren, in der die strategische Vorstel-
lung noch nicht erarbeitet ist, wenn es
die Entwicklung von uns verlangt.

Ihr werft uns vor, mit unserer Drohung
und der Sprengung des Weiterstädter
Knastes hätten wir „die bewaffnete Ak-
tion zur Ware gemacht". Sind Eurer Mei-
nung nach Aktionen nur zur Begriffsbil-
dung zulässig? Nur abstrakte Politik? Oh-
ne jeden Gebrauchswert? Seit wann ist
es Eurer Meinung nach verwerflich, mit
Aktionen Druck gegen den Staat auszu-
üben? Ihr wißt genausogut wie wir, daß
die bewaffnete Aktion in ihrem politi-
schen Inhalt stimmen muß, um Druck auf

den Staat für eine Entwicklung, die es zu
erkämpfen gilt, ausüben zu können.

Das Verhältnis, das Ihr zu revolutionä-
rer Politik und zur bewaffneten Interven-
tion heute vermittelt, ist dermaßen ab-
strakt und tot, wie es uns vollkommen
fremd ist, und wie wir es von Kämpfen-
den auf der ganzen Welt nicht kennen.

Auch wenn Ihr die Lüge tausendmal
wiederholt, wird sie nicht wahr. Wer die
Aktion gegen den Weiterstädter Knast
unpolitisch nennt muß einen Knall ha-
ben. Ihr solltet mal *inhaltlich* begründen,
wieso Ihr mit einer Intervention nicht an-
fangen könnt, die einen Knast zerstört,
der ein in Beton gegossenes Spiegelbild
der Entwicklung ist, wie sie die Herr-
schenden anpeilen, und durchzusetzen
entschlossen sind; gegen ein Projekt, das
für den militärischen Umgang des Staa-
tes mit den sich forcierenden Widersprü-
chen in dieser Metropolengesellschaft
steht; gegen ein Projekt, das für den
staatlichen Rassismus und die wissen-
schaftliche Zerstörung menschlicher
Identität steht. Das Wesen dieses Pro-
jekts und die Beweggründe, es zu zerstö-
ren, waren untrennbar mit unserer Ab-
sicht verbunden, Druck gegen den Staat
für Eure Freiheit zu entwickeln. Wir
wissen allerdings, daß es welche unter
Euch gibt, die schon damals diese Aktion
verurteilt haben, scheinbar wegen der
Tatsache, daß viele Menschen — auch
hier — damit etwas verbinden können.

Denn das ist für Euch Ausdruck von
„Entpolitisierung und Anpassung" wenn
wir vielen aus dem Herzen sprechen,
dann kann damit etwas nicht stimmen!

Euer Aufschrei gegen diesen Druck auf
Staat und Kapital, der ein Aspekt aus 23
Jahren bewaffneten Kampfes, aus der
Entwicklung und der Konfrontation Be-
freiung/Kapital ist, ist nur noch flache
Polemik. Mit inhaltlicher, also auch po-
litischer Auseinandersetzung und Kritik
hat das nichts zu tun. Schon '77 ging es
auch darum, einen Druck gegen Staat
und Kapital zu schaffen, wobei ein
Aspekt nur gewesen sein kann, daß die
Wirtschaft ihren Einfluß zugunsten
Schleyers zur Geltung bringt. Schon da-
mals alles zur Ware verkommen? Natür-
lich nicht.

Kommt jetzt nicht damit, daß der Ver-
such damals seine Berechtigung aus-
schließlich aus der zentralen Perspektive
der internationalen revolutionären Bewe-
gung hatte.

Im Fernseh-Interview hast Du, Irm-
gard, gesagt, daß ihr damals staatlichen
Stellen angeboten habt, nicht in die BRD
zurückzukehren, sondern im Exil weiter
politisch zu kämpfen. Von anderen aus
Eurem Kreis wissen wir, daß es für die
gesamte Gruppe, d. h. auch für die Illega-
len, darum gegangen wäre, nach der Be-
freiung der Gefangenen, überhaupt neu
herauszufinden, wie der Kampf weiter zu
entwickeln ist. Alles sei offen gewesen,
auch wie bewaffnet weiter gekämpft wer-
den soll. Das wäre auch in der jüngeren
Vergangenheit für den gesamten politi-
schen Zusammenhang RAF/Gefangene
am besten gewesen. Wir wissen, daß die
meisten von Euch das nicht anders ge-
dacht haben. Um so schlimmer, daß Ihr
jetzt anderes zu vermitteln versucht, und
von Deal quatscht.

„Wenn gleichzeitig Angriffe der Gueril-
la laufen, wird hier keine Mobilisierung
für die Freiheit der Gefangenen Fuß fas-
sen können ..." (Aus einem Brief von Bri-
gitte, Frühjahr '93.) Wenn Ihr denkt, daß
die Existenz der RAF Eurer Freiheit ent-
gegensteht, und Ihr mit der Erklärung
vom 28. 10. das Ziel habt, die RAF endgül-
tig vom Hals zu haben — dann solltet Ihr
das auch so offen sagen. Anstatt so zu
tun, als wäret Ihr die Gralshüter der Op-
tion des bewaffneten Kampfes oder der
revolutionären Intervention in der Metro-
pole; und könntet den Trennungsstrich

zur RAF ziehen, moralisch unbefleckt
und als Opfer der angeblich verräteri-
schen Machenschaften von uns, Birgit
und den Celler Gefangenen.

Wenn Ihr offen und ehrlich reden wür-
det, hättet Ihr solche Schweinereien nicht
nötig. Und Ihr könnt es Euch auch spa-
ren, ein Verhältnis zu bewaffneten Aktio-
nen auf uns zu projizieren, das aus der
Gruselkammer kapitalistischer Waren-
welt kommt und vom dem *Ihr* Euch mal
in Eurer gesamten Politik befreien soll-
tet: „Wenn sie (RAF) jetzt ankündigen,
den Schritt vom April '92 praktisch aufzu-
heben, begründet mit unserer Gefange-
nensituation — dann tragen wir das nicht
mit." (Eva). Als wäre es unser Problem
gewesen, daß wir das haben/besitzen
wollten für uns. In dem Stil, die RAF —
mordlüstern wie sie ist — braucht die Ge-
fangenen, weil — unpolitisch wie sie ist
— ihr sonst zur Entwicklung nichts ein-
fällt.

Zur Geschichte der Beziehungen, deren
Inhalt für Euch zerstört ist: Eure Kämp-
fe, die Ihr in der RAF oder später als Ge-
fangene geführt habt, haben uns mobili-
siert. Für alle hier hatten sie eine Bedeu-
tung in der eigenen Geschichte. Daraus
ist ein Vertrauen in Euch, die GenossIn-
nen im Knast, lebendig gewesen. Eine
Verbundenheit auch daraus, die gleiche
existentielle Lebensentscheidung für den
Kampf um Befreiung getroffen zu haben,
und die Vorstellung, dies sei eine Basis
dafür, auch an unterschiedlichen Orten
und in der sich immer verändernden äu-
ßeren Situation zu politischem Einver-
ständnis über den Weg kommen zu kön-
nen. Doch dies ist nur als lebendiger und
widersprüchlicher Prozeß möglich, der
Offenheit und Respekt zueinander vor-
aussetzt.

Das Vertrauen dazu ist zu einigen von
Euch schon lange zerstört. Wir denken
heute, daß es eine Illusion von uns war,
wir könnten es schaffen, uns als politi-
schen Zusammenhang, indem die Grund-
lagen zueinander gebrochen sind, gegen
einen Machtapparat wie den BRD-Staat
gemeinsam durchsetzen und einen neuen
Aufbruch schaffen. Unsere Entscheidung
zu allem, womit einige von Euch gegen
uns — wo sie nur konnten — gearbeitet
haben, nicht öffentlich Stellung zu bezie-
hen, war falsch. Wir haben auf die falsche
Hoffnung gesetzt, die Widersprüche
**könnten sich im Kampfprozeß auflösen.
Sie basierte auf einer falschen Rücksicht-
nahme auf Euch als Gefangene in der
Isolation und darauf, daß wir verhindern
wollten, in eine sinnlose Schlamm-
schlacht zu geraten.**

**Brigitte, Deine Unterstellung in dieser
Erklärung, unser Verhältnis zu Euch sei
gewesen „friß oder stirb ..." sagt viel
über Dich/Euch, nicht über uns. Da, wo
die Anschuldigung die Beschuldigten
nicht trifft, macht sie nur offen, welche
Nähe Du oder Ihr zu solchen Verhältnis-
sen hast/habt. Das ist uns schon im ver-
gangenen Jahr schmerzlich deutlich ge-
worden. Wir kennen diese ganzen Sprü-
che zur genüge: wenn wir an Kritik und
Selbstkritik — was ihr Opportunismus
und Entpolitisierung nennt — festhalten
würden, dann werdet Ihr uns „als Typen
vom Tisch fegen", uns und andere „links
überholen". Alle, die sich auf das bezie-
hen könnten, was von der RAF in die
Auseinandersetzung gebracht wurde „In-
teressieren dann nicht mehr".**

Das seid Ihr.

**Das war der Schwerpunkt Eurer An-
strengung im letzten Jahr, zumindest so-
weit sie öffentlich bekannt sind. Und die
Methoden, die Ihr dabei benutzt, solltet
Ihr dem Gegner überlassen. Ihr habt dar-
auf gebaut, daß es in der Linken schon
seine Wirkung hat, wenn die Denunzia-
tion nur oft genug wiederholt wird.**

**Ihr seid im gesamten vergangenen
Jahr auf inhaltliche Ansätze von uns**

nicht *inhaltlich* eingegangen, auch wenn
das zu widersprüchlichen Diskussionen
geführt hätte. Statt dessen habt Ihr unse-
re gesamte Anstrengung mit Eurer klein-
bürgerlichen Konkurrenzscheiße und Eu-
rem Besitzverhältnis zur RAF und revo-
lutionärer Politik in der BRD überzogen.

Für manche von Euch war es ausrei-
chend, ewig alte Klarheiten zu verbreiten,
die allgemein zwar richtig sein können,
aber für sich allein wenig zur Beantwor-
tung der Fragen beitragen können, die
sich aus der sich zuspitzenden Situation
hier wie International stellen.

Auch Ihr hattet von einer Zäsur ge-
sprochen, was das allerdings für Euch be-
deuten sollte, dazu gibt es von Euch bis
heute nichts Substantielles. Für uns war
es aus unserem Prozeß heraus notwendig
geworden, zu einem produktiven Verhält-
nis von Kritik und Selbstkritik zu kom-
men.

Für die Kämpfenden auf der ganzen
Welt ist das eine Lebensader — für eini-
ge von Euch ist das wie das Wasser für
das Feuer. Euer Bruch zu uns hängt auch
damit zusammen und damit, daß wir, wie
auch die Gefangenen Genossen in Celle,
in den Auseinandersetzungen der letzten
Jahre einen eigenen Kopf behalten ha-
ben.

Mit Schlagwörtern wie „entpolitisiert"
und „Anpassung" schützt Ihr Euch schon
seit 1½ Jahren vor einer inhaltlichen
Auseinandersetzung. Und genau das ist
entpolitisiert. Ihr tragt mit der auf uns fi-
xierten Arbeit der letzten eineinhalb Jah-
re mit Verantwortung daran, daß sich ei-
nige Teile der radikalen Linken mit einer
„RAF-Debatte" selbstbeschäftigt haben,
ganz so, wie Ihr sie ins leben gerufen
habt. Die Rücknahme des bewaffneten
Kampfes der RAF (! die Ihr auch wolltet),
sei Verrat. Viele von ihnen beziehen sich
dabei auf Briefe von Euch, da können sie
Euch wohl kaum verstanden haben. Das
ganze geht soweit, daß behauptet wird,
die RAF sei mit der Zurückstellung des
bewaffneten Kampfes verantwortlich für
die steigende Zahl von Vergewaltigungen.
(Auch welche, die sich auf Euch bezie-
hen.) Sie begreifen die alte Konzeption
der RAF als zeitlose Antwort, wobei das
Aussetzen des bewaffneten Kampfes (der
RAF) bereits verräterisch sei.

Viele dieser Papiere sind eine Demon-
stration der Begriffslosigkeit sowohl des

23jährigen Kampfes der RAF und ihrer früheren Konzeption, als auch der gesamten Entwicklung. '92 gab es plötzlich soviele SchwätzerInnen wie nie zuvor, die ausgerechnet jetzt die Notwendigkeit zum bewaffneten Kampf der RAF entdeckten. SchwätzerInnen, von denen wir in unseren offensiven Phasen nichts mitbekommen haben. Niemand von denen war und ist bereit, selbst bewaffnet zu kämpfen. Weder bei uns, noch gründen sie andere bewaffnete Organisationen, die weniger „reformistisch" sind. Das wundert uns nicht. Denn Schwätzertum führt nicht mal zu Wiederholungen des alten, es führt zu nichts. Diese Scheindiskussion, in der es nie um die Leute selbst geht, sondern immer nur um andere, meistens gegen uns, habt Ihr entfacht und mit einer Flut von Diffamierungen begleitet: „Entpolitisiert", „den Internationalismus fallengelassen," „wir würden die Geschichte abwickeln", und mit dem VS — wahlweise — entweder die Politik bestimmen oder Verhandlungen führen, und würden für unser Wohl und den „Platz im Reich" opportunistisch Inhalte aufgeben und und und.

Wir haben die Methode schon lange satt, daß der Inhalt unserer Texte verdreht wird, je nachdem wie es gerade opportun erscheint, wie in einem Brief kurz vor Weiterstadt. Mit geschickter Wortspielerei kommt unterm Strich raus: Alle sollen „nun schauen, welche Fraktion sich ‚durchsetzt', wie die RAF sagt". Natürlich hatten wir ganz im Gegenteil in der dort zitierten Erklärung gesagt: „Von alleine werden sie (der Staat) an keinem Punkt zurückweichen, dafür wird immer gesellschaftlicher Druck und Kämpfe notwendig sein."

Euer blöder Machtkampf zeigt sich auch am verkrampften Festhalten an der Diskussion um die „zwei Fraktionen im Apparat", obwohl die Gefangenen in Celle unseren Fehler in der April-Erklärung im Konkretinterview korrigiert hatten und wir die Kritik im August-Text bekräftigten. (Ein allerdings imaginärer Machtkampf gegen die Genossen in Celle, uns und zeitweise gegen die GenossInnen in Lübeck, denn alles andere wäre notwendig gewesen, da der Feind wie auch die Fragen groß sind.) Ihr müßt mal realisieren, daß Ihr diesen Fehler von uns über ein Jahr lang zu einem Eurer Schwerpunkte gemacht habt, während es ansonsten kaum noch jemand interessiert hat.

Während Ihr immer wieder die „Situationsdebatte" statt „RAF-Debatte" gefordert habt und das Gegenteil davon gemacht habt, ist Euch der Blick selbst auf die eigene Situation durch Eure Orientierung gegen uns vollkommen verstellt geblieben.

Bis zuletzt haltet Ihr Euch an Eurem Irrglauben fest, in der KGT-Initiative sei von Anfang an nur für einige Gefangene die Freiheit vorgesehen gewesen. Ihr realisiert nicht, daß für niemanden die Freiheit vorgesehen war. Alles war abhängig von einer politischen Mobilisierung, davon, ob die Gefangenengruppe darin *solidarischer Kern* ist und in der Lage, gemeinsam in die Diskussion einzugreifen und auch vom Kräfteverhältnis RAF/Staat. Das konntet Ihr weder daran realisieren, daß nach Günter kein Gefangener aus der RAF mehr freikam, und noch nichtmal hat Euch der Schlag gegen uns in Bad Kleinen erhellt. Bei Euch schiebt sich vor jede Erkenntnisfähigkeit das Gift, das Ihr in Euren Herzen mobilisiert habt. Deshalb muß nun auch die Story vom versuchten Deal herhalten, damit Euer Irrglaube weiter Bestand haben kann.

Daß Ihr es fertigbringt, mit Euren Denunziationen auch Wolfgang mit Dreck zu überziehen — ihn, der neun Jahre lang die Politik der RAF mitentwickelt und in ihr gekämpft hat, der unter anderem auch für Eure Freiheit gekämpft hat und bei dem Versuch, gerade nicht in den Knast zu kommen, um draußen weiter kämpfen und leben zu können, ermordet wurde — ist nur Ausdruck davon, auf welchen Niederungen Ihr angelangt seid. Wolfgang war ein Mensch, der für GenossInnen durchs Feuer gegangen wäre.

Es gab in der letzten Zeit einen neuen Anlauf zur Mobilisierung für Eure Freiheit. Von GenossInnen mit einer neuen Haltung, die wir befreiend fanden gegenüber der alten Geschichte von Fraktionierungen, der Unfähigkeit, mit inhaltlichen, politischen Widersprüchen umzugehen. Das hat die Aussicht darauf offen gemacht, daß es tatsächlich einmal zu einer ernsten, politischen Auseinandersetzung kommen kann. Wir fanden die Entscheidung der GenossInnen richtig, sich nicht auf die Spaltereien einzulassen. Sie gehen statt dessen von den tatsächlichen Widersprüchen in den politischen Vorstellungen auf unserer Seite aus. Wir denken, daß das ein Selbstbewußtsein ist, das absolut notwendig ist, in einem Prozeß, in dem es um die Neubestimmung revolutionärer Politik geht. Eure Erklärung vom 28. 10. ist auch gegen diese Haltung gerichtet. Sie ist Ausdruck eines dumpfen Machtkampfes. Sie drückt ein Festhalten an überholten Strukturen aus, in denen es für Euch legitim ist, bei inhaltlichen Widersprüchen GenossInnen der Kollaboration mit dem System zu beschuldigen und ihre moralische Integrität in den Dreck zu ziehen. Letztlich seid Ihr diejenigen, die sie damit verlieren.

Wir halten es für notwendig, mit dieser Hinterlassenschaft einen bewußten Bruch zu machen!

Wir sagen Euch, daß diese „ganz neue Entscheidung", von der Ihr sprecht, die auf Lügen, Dreck und Unehrlichkeit Euch selbst gegenüber aufgebaut sein soll, mit Sicherheit nicht dazu führen wird, „daß revolutionäre Politik hier ... wieder Fuß fassen können wird".

Wir fordern Euch auf — und das ist uns sehr ernst — jetzt einen Moment Innezuhalten. Kommt zur Besinnung! Auch wenn Ihr dabei über Euren Schatten springen müßt. Wir wissen, daß Euch das unser Brief nicht einfach macht, aber Ihr könntet verstehen, daß Ihr uns keine andere Möglichkeit gelassen habt, als nun das zu sagen, was wirklich ist.

Es gibt Vertrauen, das keine Mauern brechen können. Karl-Heinz, Lutz, Knut, Birgit und wir werden mit dieser Spaltung umgehen können, aber wir wollen sie nicht!

Vielleicht ist dies — wenn überhaupt — die letzte Möglichkeit für was anderes.

Es liegt nun an Euch.

Rote Armee Fraktion, 2. 11. 1993

Ermittlungsausschuß -INFO

Gneisenaustraße 2 · 1000 Berlin 61

Dienstag: 20-22°° Uhr

Spendenkonto:
Sonderkonto Klaus Schmidt
Postgiroamt Berlin West
(BLZ 100 100 10)
Kto.: 206 10-106

Was tun wir und wie solltet Ihr mit uns umgehen?

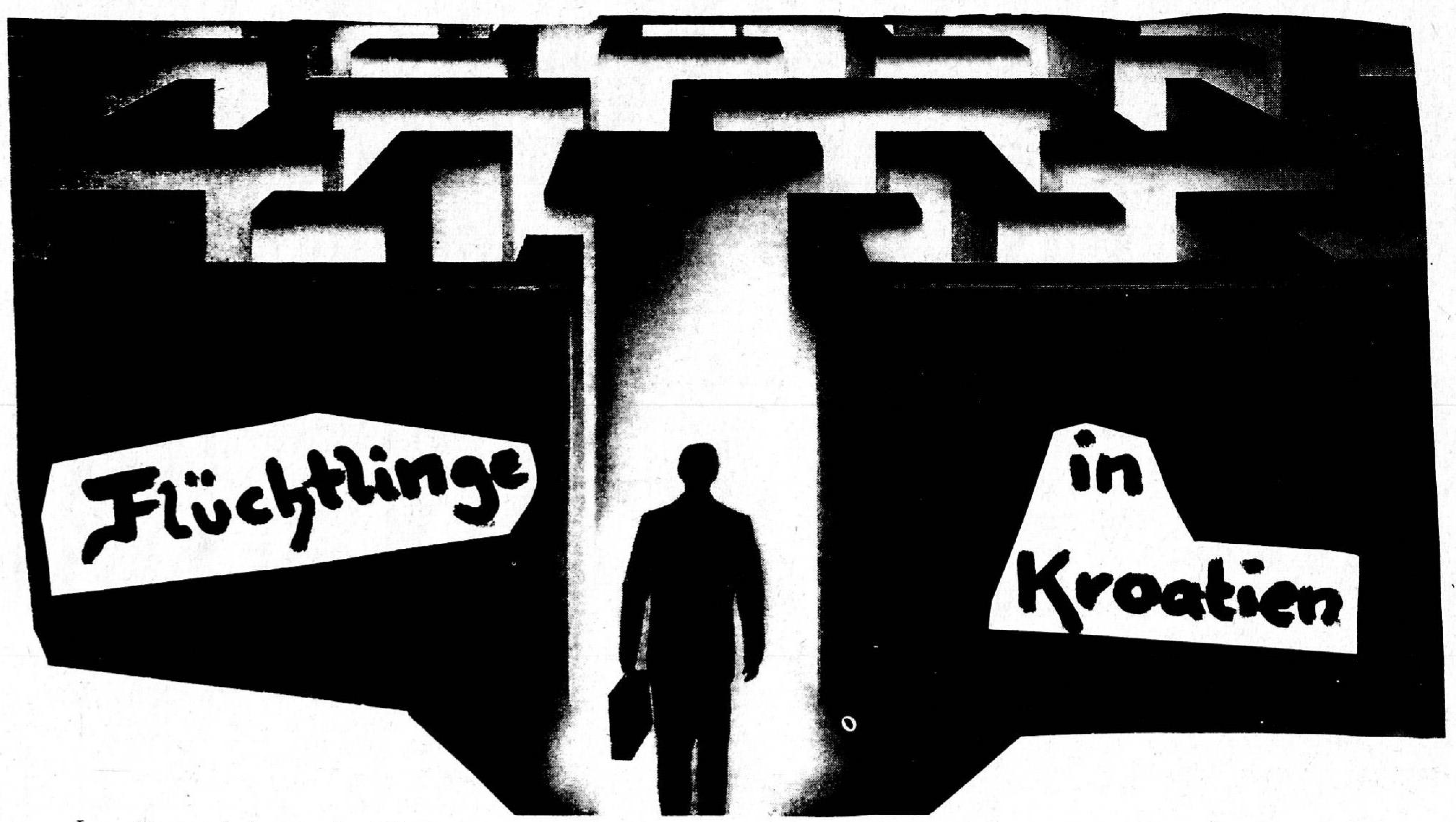
* Wir sitzen vor, während und gegebenfalls nach Demos am Telefon (692 22 22 damit ihr uns Festnahmen melden könnt.
* Wir übernehmen die Koordination von Anwältinnen/Anwälten und
* wir stehen zur Verfügung, damit ihr möglichst sofort eure Gedächtnisprotokolle abgeben, nötigenfalls auch schreiben könnt (ein halbes Jahr später, beim Prozeß, wißt ihr nichts mehr).
* Die Protokolle stellen wir sofort und ausschließlich den betreffenden AnwältInnen zur Verfügung.

Und was müßt ihr tun!

* Mit offenen Augen und Ohren auf demos gehen.
* Wenn du eine Festnahmen beobachtet hast, schreibe ein Gedächtnisprotokoll und bringe es so schnell wie möglich (am besten persönlich) beim EA vorbei.
* Wenn du davon ausgehst, daß du als vermißt oder festgenommmen beim EA gemeldet bist, melde dich beim EA zurück, damit wir dich nicht unnötig suchen.
* Ruf den EA nicht aus reiner Neugierde an.

6 92 22 22





In Kroatien lebten vor Kriegsausbruch 4,6 Mill. Menschen. Bisher halten sich nach offiziellen Angaben, etwa 750.000 Flüchtlinge in dem Land auf,, dazu kommen noch sehr viele "illegale".Der kroatische Staat nimmt seit dem Sommer 92, keine bosnische oder moslemische Flüchtlinge auf.Die Argumentation dafür ist daß die moslemischen Flüchtlinge mehr Nationalismus fördern würden,und die Zustände verschärfen! Bosnische flüchtlinge werden zurück abgeschoben,in angeblich sichere Gebiete bzw. Lager.Schon im August 1992 hatte der kroatische Staat, Männer aus Bosnien zurück an die Front geschickt. Nachdem Menschenrechtler dagegen protestiert hatten ("Verletzung des Internationalen Rechts"), berief sich Kroatien auf einen Vertrag mit Bosnien "Dessarteure" auszuliefern. Seit Sommer 1992 werden auch keine Flüchtlinge aus Bosnien offiziel aufgenommen.
Viele werden nach Slowenien abgeschoben, und in der letzten Zeit,seit Slowenien auch keine aufnimmt, zurück nach Bosnien!

Die meisten Flüchtlinge leben in Lagern oder ehemaligen Ferienhotels und Siedlungen an der Küste.Einige wenige sind bei Verwandten und Bekannten untergekommen und leben „illegal", andere haben sich an größeren Plätzen und Anlagen "selbstorganisierte" Lager aufgebaut. Es gibt drei Arten von Lagern: die von der UNO"betreut"werden bzw. vom kroatischen Staat aufgebaut sind, die sog. "selbszorganisierten" Lager wo Staat und Hilfsorganisationen Lebensmittel und Medikamente liefern, aber sich sonst nicht weiter um die Menschen kümmern und die "illegalen" Lager, wo Flüchtlinge sich einfach Zelte oder Hütten aufgebaut haben, und für ihren Alltag selbser sorgen. In den "selbstorganisierten" und "illegalen" Lagern finden regelmäßige Razzien und Kontrollen statt um Flüchtlinge zu erfassen , zu kriminalisieren bzw. abzuschieben.
Die Stimmung und Situation in den Lagern ist, wie uns beschrieben wurde sehr unterschiedlich, das hängt von der Unterbringung und Größe des Lagers und den jeweiligen Bedingungen ab. Es gibt einerseits Kämpfe um bessere Unterbringung und Versorgung,wie zb. einen Hungerstreik von moslemischen Flüchtlingen in einem Lager bei Osijek.Dort sind etwa 3.800 flüchtlinge untergebracht worden ,die meisten kroatischer Nationalität (laut papiere). Anschließend sollten da,noch weitere 1000 moslemische Flüchtlinge untergebracht werden, die aus einem Lager bei Karlovac rausgedrängt worden sind, um anschließend kroatische flüchtlinge unterzubringen. Die Begründung war ein Angriff auf das Lager.Für diese 1000

Menschen gab es allerdings nichts in Osijek, keine Zelte, keine Baracken, kein Essen.Nach einem Hungerstreik setzten sie Zelte und Versorgung durch.
Im gleichen Lager wurde insgesamt auch eine Möglichkeit durchgesetzt aus dem Lager rauszukommen.Zu Beginn durfte niemand aus dem Lager in benachbarte Ortschaften, um die Kontrolle über die Flüchtlinge zu haben.Eine provisorische Schule wurde im Lager organisiert.Die Flüchtlinge haben sich dagegen gewehrt nicht aus dem Lager zu kommen und auch dafür eingesetzt daß die Kinder außerhalb des Lagers in normale Schulen gehen dürfen.Nach eine Weile hatten sie zu mindest durchgesetzt daß täglich 100 Menschen rausgehen können.

Die Versorgung der Menschen ist meistens katastrophal.Es gibt generell zu wenig zu essen,und meistens keine Vitamine. Viele Flüchtlinge leben auf dem Sprung, weil Ihnen permanent vorgegaukelt wird daß sich ihr Zustand bald verbessert, und sie nach Hause oder ins Ausland können.
Trotz der niedergeschlagenen Stimmung schafffen es viele Flüchtlinge sich Räume zu nehmen und für sich zu gestalten, und auch mit wenigen Mitteln einen „gemütlichen“ Lebensraum zu schaffen.
Für die Versorgung der Flüchtlinge in den Lagern kümmern sich neben UNO und Caritas und Konsorten, die nur eine minimale Versorgung übernehmen (zumindest in den "legalen" Lagern) ,übernehmen auch verschiedene andere Gruppen und Organisationen Hilfsdienste.
Eine davon ist SUNCOKRET , sie haben mehrere Büros in Kroatien über die sie nach AktivistInnen werben, die für eine kurze Zeit Tätigkeiten in Lagern übernehmen.
Sie machen hauptsächlich praktische Arbeit mit Kindern oder Alten Menschen oder bauen Werkstätten auf.Wie die konkrete Arbeit dann aussieht, hängt allerdings auch von den einzelnen Leuten ab.
Weitere Projekte ist ein Schulprojekt in Osijek und in Rijeka, was zum größten Teil von Flüchtlingen organisiert wird, eine Nähkooperative in Split, in der 70 Flüchtlingsfrauen arbeiten, ein Kinderzentrum was von Norwegen aus im Herbst 92 in einem Lager in Zagreb entstanden ist, oder verschiedene Projekte in Schulen, in und um Zagreb, mit Flüchtlingskindern.

Ein fünftel des kroatischen Staatshaushaltes, wird für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ausgegeben. Mit dieser Begründung hat Kroatien es immer wieder abgelehnt Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgung.Es wurde Druck auf UNO und EG ausgeübt Gelder zu vergeben und /oder Flüchtlinge aufzunehmen.Nach einem minimalen Kontigent haben die meisten europäischen Länder kaum Flüchtlinge aufgenommen.
Es wurden etliche Zeltlager in Kroatien finanziert, um die Flüchtlinge dort zu lassen,und Krotien bekommt nun 10 Dollar pro Flüchtling am Tag.Größere "Spenden" bekam Kroatien auch aus Saudi-Arabien Millionen Dollarbeträge über GTZ.
Cariâts und verschiedene Wohlfahrtsverbände hängen mit etlichen Projekten drin und versuchen, sowohl ideologisch als auch politisch, ihre Interessen durchzusetzen.
Die Stmmung unter den Menschen hat sich auch stark verändert. Es gibt immer mehr Nationalistische Tendenzen gegen Roma und Muslime, bis hin zu Morddrohungen.Die ehemals 12% Serben im Land werden verfolgt, diskriminiert oder verstecken ihre Nationalität und melden ihre Kinder in katholische Schulen an.
Trotz dieser Bedingungen haben wir viele Menschen kennengelernt, die sich gegenseitig unterstützen und antinationalistisch sind, Flüchtlinge bei sich aufnehmen und versorgen oder trotz Repressionsdrohungen ihre praktische Arbeit fortsetzen.

Adressen von Projekten und Gruppen:

SUNCOKRET
Centre for Grassroots Relief Work
Maruševačka 8
41000 Zagreb
Croatia

TERRA- Flüchtlinsorganisation
Hotel "Čitluk"
88260 Čitluk
Bosnien und Herzegowina

NEXUS-medizinishce Flüchtlingshilfe
Sunčana 14
41040 Zagreb

Zentrum für weibliche Opfer des Krieges
Dordićeva 6/III
41000 Zagreb

CENTAR ZA ŽENE ŽRTVE RATA

- Zentrum für Frauen als Opfer des Krieges -

Das Zentrum liegt in der Innenstadt von Zagreb. Zentrum ist eigentlich zuviel gesagt, es ist eher eine Wohnung mit Büro, Gruppenraum und Küche. Whärend unseres Gesprächs mit einer Frau aus dem Zentrum, gibt es ein stetiges Kommen und Gehen und wir bekommen den Eindruck,daß neben ihrer Arbeit in den Flüchtlingslagern, das Zentrum auch Anlaufpunkt ist für verschieden Frauen, die z. B. Freunde oder Verwandte in den eingeschlossenen,umkämpften Gebieten in Bosnien haben.

Zur Entstehungsgeschichte des Zentrums:
Anfang November 92, als die Massenvergewaltigungen von Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien medienwirksam aufbereitet durch die Weltpresse ging, flossen Spendengelder von humanistischen Vereinen und feministischen Gruppen (hauptsächlich BRD, Schweiz, Östereich und Holland) nach Zagreb, mit der Intention etwas für die sich dort aufhaltenen, vergewaltigten Flüchtlingsfrauen zu tun. Im dezember 92 fanden sich 10 Frauen aus unterschiedlichen Gruppen (z. B. autonomes Frauenhaus, Independet Alliance of women, Frauen aus der Antikriegsbewegung ...) zusammen ,um ein Konzept zu erarbeiten und es praktisch anzugehen.Einerseits durch den Druck, schnell zu handeln und etwas produktives mit dem geld anzufangen, und anderseits den staatlichen Organisationen, der katholischen Kirche und teilweise Cap Anamur etwas entgegen zu setzen, die z. B. versuchen im Falle einer Schwangerschaft die Frauen zu überzeugen das Kind auszutragen und es zu einem "guten Kroaten" zu erziehen.
Seid Februar 93 ist das Zentrum als Verein registriert worden und ist somit legal. Finanziert wird es ausschließlich vom Ausland, d.h. in erster Linie von Frauengruppen, aber auch von staatlichen Organisationen wie EG oder vom östereichischem Frauenministerium.
In ihrer Konzeption betonen die Frauen, daß ihre Arbeit auf feministischen Prinzipien beruhen, d.h. internationale Frauensolidarität, Hilfe zur Selbsthilfe und Unabhängigkeit (nicht kommerziell, keine Regierungeorganisation). Welche Frauen im Zentrum arbeiten oder unterstützt werden ist vollkommen unabhängig von der Nationalität.Es wird sich außerdem gegen jede Art von Manipulation und Instrumentalisierung von Frauen und Flüchtlingsfrauen gewand, die unter Kriegsbedingungen leben müssen.
Als Hintergrund ist es noch wichtig zu wissen, daß sich nach dem Kongress in Zagreb, wo einer Feministin auf Grund ihrer (serbischen) Nationalität Redeverbot erteilt wurde, die zagreber Frauenbewegung gespalten hat und keine Zusammenarbeit mehr möglich ist.Die Frauen vom Zentrum gehören zum antinationalen Flügel und verstehen sich als Teil der Opposition gegen den Krieg, mit deren Gruppen sie zusammenarbeiten.

Zur praktischen Arbeit:
Z. Zt. arbeiten 30 Frauen im Zentrum (davon sind ein Drittel selbst Flüchtlinge aus Bosnien - Herzegowina, ein paar sind von "Kroatien Verschleppte"), davon sind 24 die sogenannten Aktivistinnen. Aktivistinnen gehen 2 mal wöchentlich in die Lager, organisieren dort Selbsthilfegruppen, geben individuelle Beratung, für Frauen, die psychologische Unterstützung brauchen und wollen und geben Auskunft bei Gesundheitsfragen,rechtliche Situation des Flüchtlingsstatusses oder bei Problemen der Kinder mit und in der Schule.
Frauen, die durch Vergewaltigung, Folterung oder anderen Kriegserlebnissen sehr stark traumatisiert sind,können therapeutische Hilfe von Psychologinnen bekommen.
Der Ansatz Hilfe zur Selbsthilfe heißt, Flüchtlingsfrauen dabei zu unterstützen physisch und psychisch zu überleben, sodaß sie nach und nach Kontrolle über ihr eigenes Leben wiedergewinnen und zwar unter den erschwerten Lagerbedingungen, in denen die meisten von ihnen z. Zt. leben müssen.
Die Aktivistinnen gehen in 13 sogenannte selbstorganisierte Lager. Selbstorganisiert heißt in diesem Fall, daß die staatlichen Lager nicht ausreichen.Flüchtlinge, die keinen Platz in so einem staatlichen Lager bekommen konnten,haben sich an verschiedenen Stellen zusammen gefunden, um gemeinsam zu übernachten und zu leben. Der Staat hat das toleriert, aber es gibt weder Geld noch Essen für diese Lager. Auch aus der Erfahrung mit Caritas, die zwar bei Vorzeigen der Flüchtlingskarten Brot und Salz ausgibt, sich aber um sonst nichts kümmert, haben Teile der Opposition und auch die Frauen vom Zentrum die Versorgung der Flüchtlinge aus den selbstorganisierten Lagern übernommen.
Vom Zentrum werden Workshops u.ä. organisiert, wo die Aktivistinnen sich austauschen und reflektieren können. Eine Erfahrung von diesen Workshops ist, daß manchmal Frauen aus anderen Ländern, die zur praktischen Unterstützung diese Workshops leiten,mit vorgefertigten Konzepten kommen, den Frauen ihre Vorstellung aufdrücken wollen,obwohl das völlig neben der dortgegebenen Realität liegt.
Eine andere Erfahrung ist, daß die Frauen anfangs zwar mit allen Flüchtlingefrauen arbeiten wollten,aber den vergewaltigten Frauen darin eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken.In Gesprächen mit Flüchtlingsfrauen, wo es um ihre Lebensbedingungen, probleme und Bedürfnisse ging, merkten die Frauen, das es keinen Sinn macht, die Flüchtlingefrauen in vergewaltigt und andere schlimme Erlebnisse einzuteilen. Das würde nur zu einer weiteren Stigmatisierung zum Opfer führen, was in der Form schon genügend in der internationalen Presse gelaufen ist. An dieser Stelle waren die Frauen vom Zentrum besonders erbost über einen Artikel inder "Emma", wo von den "toten Augen der vergewaltigten Frauen" geschrieben wurde. Die Frauen in den Lagern seien zum größten Teil willensstark und sehr lebendig.Außerdem stellte sich heraus, daß die Frauen nicht wie angenommen in ausschließlichen Frauenlagern leben möchten, sondern bei ihren Familien oder Nachbarn, die sie von früher kennen.Sie wollen auch nicht auf grund ihrer Vergewaltigung bessere Bedingungen bekommen als andere Flüchtlinge.

LET´S TALK ABOUT SEX

Liebe Interim-Männer,

bezüglich Eurer Stellungnahme in Nr. 260, die sich mit dem "Liebe, Sex und Kirschen"-Artikel der Nr. 259 auseinandersetzt, habe ich einige Einwände vorzubringen. Obwohl ich dem "WOZ"-Artikel keineswegs durchgehend applaudieren möchte, bin ich der Meinung, daß seine Veröffentlichung sehr wohl richtig war und Diskussionen über Sexualität und Beziehungsführung anregen könnte, die normalerweise unter dem Damoklesschwert einer Vergewaltigungsdiskussion geführt werden (müssen!). Liebe und Sexualität werden bis auf weiteres ein Minenfeld menschlichen/männlichen Fehlverhaltens bleiben und es stünde uns als hoffentlich progressiv denkenden Vertretern dieser Spezies gut zu Gesicht, wenn ein paar Gedanken etwas offener diskutiert werden könnten.

Zu beginn möchte ich mir erlauben festzustellen, daß Ihr dem Artikel mit seiner blöden Überschrift auf den Leim geht: "Wie Singles ihre Sexualität leben". Könnte auch in "Brigitte" bis "Männer-Vogue" stehen. Was sich dahinter verbirgt, sind Menschen, die nach einer Reihe unterschiedlichster Erfahrungen momentan außerhalb einer festen Zweierbeziehung leben. Sind also alle "Singles" gleich "Yuppies"? Wohl kaum. Umgekehrt kann wohl auch nicht davon die Rede sein, daß ein verheiratetes Akademikerpärchen mit, sagen wir, zehn Mille im Monat und ultimativ verbindlicher, gemeinsamer Lebensplanung die Speerspitze der antipatriarchalen Emanzipationsbewegung darstellt. Die Realität dürfte also etwas komplitierter sein.

Beim Lesen des Artikels fragte ich mich, was ich denn so für Beziehungsformen kenne. In meinem, zugegebenermaßen arg heterosexuellen Umfeld, halbwegs p.c., fielen mir folgende Varianten auf: A) Nachts & heimlich B) Symbiotisch-verbindlich, seit mindestens fünf Jahren C) Dauerkrise D) Offensichtlich halbwegs glücklich. Tja, dann sind da noch ganz schön viele (incl. mir), die zur Zeit nicht in einer Form von Liebesbeziehung stecken. Wie ist denn das bei Euch, liebe Interim-Männer (aber nicht nur die dürfen sich angesprochen fühlen), Eure Stellungnahme gibt an genau diesem interessanten Punkt nichts her, was über die Erlangung der Lufthoheit über dem antipatriarchalischen Männerstammtisch hinausgeht. Sind denn die in dem "WOZ"-Artikel beschriebenen Neigungen und Lüste so völlig unterschiedlich von dem, was Ihr, ich & wir kennen, leben, herbeisehnen. Oder wird es der vermeintlichen politischen Credibility halber lieber schnell verdrängt?

Ihr habt voll und ganz recht, wenn Ihr feststellt, daß ein "Single-Dasein" die einem flexiblen, erfolgsorientierten Leben angemessene Lebensform darstellt, ABER: In Eurer Argumentation erzwingt die ökonomische Basis (Postford- bis sonstiger -ismus) den Überbau des Single-Yuppies, wobei es sich in der Realität wohl eher so darstellen dürfte, daß sich diese Lebensform als ein Produkt zahlreicher Transformations- und Erosionsprozesse gebildet hat. Den Herrschenden wird´s mittlerweile auch zuviel (deutsche Kinder fehlen, niemand will mehr unentgeltlich die psychosoziale Verelendung bändigen), deshalb sind sie ganz klar GEGEN eine Single-Nation und sehen sie auch nicht, wie Ihr schreibt, als willkommene Ergänzung der Kleinfamilie.

Ihr seid doch sicherlich genausowenig der Ansicht, feste Beziehungen seien per se verwerflich, nur weil sich unsere Eltern in der Regel 40 Jahre Eheterror antun. Mensch möchte fast meinen, dem Zusammenbruch der sozialen Gefüge wolltet Ihr am liebsten die gute alte Zweierkiste entgegensetzen. Das erinnert mich an den ollen Lenin, der propagierte auch immer die "Sozialistische Paarbildung mit Liebe", da hat er allerdings schon damals von

A. Kollontai Zoff bekommen. Für Euch scheint ein Leben abseits einer definierten Beziehungsform offenbar gleichbedeutend mit oberflächlich und unverbindlich. Ist das Eure Erfahrung, habt Ihr das so gelesen, oder wo kommt das her? Natürlich kann mensch sämtliche Verantwortung leichter über Bord werfen, wenn sie/er nur unverbindliche Beziehungen eingeht. Umgekehrt sind feste Freund/Liebschaften nicht automatisch der einzige Ort, an dem Menschen intensive Lust- und Glücksmomente erleben. Die in dem von Euch beanstandeten Text befragten "Singles" haben übrigens durchgängig die Notwendigkeit eines funktionierenden Beziehungsnetzes für ihre Lebensweise betont.

Weshalb dies ein funktionaler Umgang mit Menschen sein soll, finde ich nicht schlüssig (auf den Sonderfall Sexualität gehe ich weiter unten ein). Vielleicht seid Ihr ja auch ganz extrem normale Heteromänner, die ihr Gefühlsleben wirklich nur auf ihre feste Paarbeziehung reduziert haben.

Ich möchte hier in keinster Weise gegen irgendwelche Arten der Beziehungsführung polemisieren, bin aber der Meinung, daß die Suche nach Lust- und Liebesformen einem jeden Menschen in Abhängigkeit von seiner jeweiligen Situation zugestanden werden muß. Bezüglich der Sexualität bin ich der Meinung, daß die Devise: "Den daran beteililgten Personen möge es gleichermaßen gefallen" als Grundvoraussetzung genau die richtige ist. Dies schließt ein Infragestellen von Vorlieben, Praktiken, ein Erkennen der ihnen zugrunde liegenden Manipulationsmöglichkeiten etc. überhaupt nicht aus. Doch was nützt umgekehrt der im voraus geklärte, politisch korrekteste Sex, wenn keine der beteiligten Personen daran Gefallen findet.

Fallstricke & Frustrationen lauern sowieso überall. Und das Patriarchat. Genau an diesem Punkt wird mir Eure Kritik dann wieder zu schwammig. Ich finde, Ihr habt einige aktuelle Entwicklungen des strukturellen Sexismus schön aufgeführt, was aber heißt denn das für unser Verhalten, angenommen z.B., der eine oder andere von uns verliebt sich mal wieder in eine Frau? Heterosexuelles Begehren aufgrund der herrschenden Gewaltverhältnisse im Vorfeld abzulehnen kann eine von mehreren Möglichkeiten sein, bei Männern erscheint sie mir mittlerweile unglaubwürdig, weil ich die daraus entstandene Wahl(Zwangs?)-Homophilie als wenig lustvoll wahrgenommen habe. Ein strukturelles Gewaltverhältnis hat sich im übrigen noch nie alleine durch persönliches Wohlverhalten abschaffen lassen (in der christlichen Religion ist das anders) und da müssen Männer sich wohl noch eine Weile den Kopf darüber zerbrechen, wie sich denn eine pro forma optimale Antipat-Einstellung im realen Leben auch bewähren kann, ohne daß Mann und Frau daran genervt zugrunde gehen.

Einige weitere Punkte finde ich seht problematisch:
- Eurer Auffassung nach wird im "Single-Dasein" durch die Trennung von Liebe, Verantwortung und Sexualität letztere zur Ware.
- Ein den "Singles" unterstellter "Freier Wille" bei der Ausgestaltung von Sexualität existiert in einer patriarchalen Gesellschaftsform Eurer Meinung nach nicht.

Spätestens hier hätte Euch auffallen müssen, daß das allgegenwärtige Patriarchat für Männer und Frauen durchaus unterschiedliche Rollen vorsieht und die Durchbrechung derselben für beide Geschlechter logischerweise unterschiedlich sein muß:
Wenn also ein Mann die Konsequenz zieht, sein Sexualverhalten auf Personen einzuschränken, denen er auch emotional nahe steht, so ist dies sicherlich zu begrüßen, insofern er z.B. wesentlich weniger Frauen zum reinen Sexobjekt degradieren wird. Frauen hingegen waren (und sind es noch), um es mal plastischer darzustellen, über Jahrhunderte gezwungen ihre Vergewaltiger auch noch in den Genuß der ehelichen Fürsorge und Liebe kommen zu lassen.

Genauso wenig ist es Eure Aufgabe, den weiblichen "Singles" zu erklären, wie sie ihre Lust

auszuleben haben und was daran patriarchal deformiert ist

Wer sind sie also, diese "Singles"? Vielleicht meint Ihr ja nur die männlichen Vertreter, das sollte dann aber auch sichtbar sein. Gleichgeschlechtliche Liebes- und Lebensweisen, die sich übrigens auch als Ablehnung der staatlich verordneten Familien/Beziehungs-Kacke leben, bzw. begreifen lassen, finden in Euren Ausführungen gleichfalls keinen Platz.

Nehmt´s mir nicht übel, liebe Interim-Boys, aber wenn wir tatsächlich in eine fruchtbare Debatte einsteigen wollen, dann müssen noch einige Worthülsen über Bord befördert werden. Wenn wir unter uns sind, sollten wir die tatsächlich kniffligen Fragen klären. Da müßte es m.M. nach viel um Lust&Herrschaft&Tabus gehen.

Ein Beispiel: Darf ein politisch korrekter Mann eine Frau ausschließlich sexuell begehren? Wo ist der Unterschied, wenn eine Frau so mit ihrer Lust umgeht? Ist das Ausleben von gleichgeschlechtlicher Sexualität herrschaftsfreier (oder besser?). Ich denke, daß eine linke Bewegung, die Attraktivität ausstrahlen will, männliche Veränderungsprozesse nicht nur auf deren Einsicht in das Notwendige begründen darf. Pädagogisch ausgedrückt sollte irgendwann, irgendwie auch eine Form von "Belohnung" winken. Alternative Männlichkeitsentwürfe haben vielleicht tatsächlich auch dadurch Chancen, daß viele der bösen kapitalistischen Entwicklungstendenzen Löcher im sozialen Gefüge hinterlassen. Einer Reduzierung der zugegebenermaßen unübersichtlichen Möglichkeiten von Liebes&Lebensführung im Metropolendschungel auf falsch, da neuzeitlich bedingt, kann ich mich nicht anschließen. Zumindest nicht, bevor bewiesen ist, daß Großfamilien auf dem Lande glücklicher und herrschaftsfreier leben.

Auch bin ich optimistisch genug anzunehmen, daß es Frauen und Lesben geben wird, die sich mit uns wieder auf das Wagnis einer Auseinandersetzung einlassen werden. Mir ist es lieber, dabei ab&an einen auf den Deckel zu bekommen, als sich permanent in vorauseilendem Gehorsam und dem Erlernen antipatriarchaler Phrasen zu üben. Nebenbei bemerkt erhöht es auch die Verkehrssicherheit unserer weiblich Mitmenschen, die dadurch im Umgang mit uns eher wissen, woran sie eigentlich sind. Die Arbeit der persönlichen Verhaltensänderung wird uns dies genauso wenig abnehmen, wie der regelmäßige Besuch der Männergruppe automatisch einen Sieg über patriarchales Bewußtsein garantiert.

Gruß & Kuß

Horst

An alle Sozi-ZwangsarbeiterInnen und die, die es nicht werden wollen

Im Rahmen ihrer Sparmaßnahmen hat die Bundesregierung einschneidende Kürzungen im Sozialbereich beschlossen. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe werden um 3% gekürzt, Arbeitslosenhilfe wird längstens 2 Jahre gezahlt, anschließend fallen die Betroffenen in die Sozialhilfe. Unklar ist bisher noch, ob diese Regelung rückwirkend gilt. Passend dazu wurde auch die Sozi-Zwangsarbeit neu geregelt. Zum einen wurde das Verbot aufgehoben, SozialhilfeempfängerInnen bei Arbeiten einzusetzen, die Pflichtaufgabe der Gemeinden sind, wie etwa Müllabfuhr, Straßenreinigung, Kindergärten usw. Zum anderen können SozialhilfeempfängerInnen ab 94 grundsätzlich zur Annahme von "Arbeitsgelegenheiten" verpflichtet werden.
So plant z.B. die Stadt Leipzig die Schaffung von 5000 solcher "Arbeitsgelegenheiten" für SoziempfängerInnen. Die Bezahlung liegt über dem Sozisatz, aber weit unter dem Lohn des 1. Arbeitsmarktes. Leuten, die nicht bereit sind für 2-3 Mark Aufwandsentschädigung pro Stunde zu arbeiten, wird die Sozi gestrichen oder gekürzt.
Auch in Berlin gibt es schon seit langem Zwangsarbeit für SoziempfängerInnen. Auch viele Leute aus der Scene gehen für 2-3 Mark die Stunde arbeiten. Thema ist es bisher nicht, jedeR geht völlig individuell damit um. Einige machen krank, andere haben Connections und kommen drum rum, einige versuchen gar Projekte zu überreden, Zwangsarbeitsstellen einzurichten um ihre Stunden da abzureißen.
Durch die neuen Kürzungen und Gesetzesänderungen im Sozialbereich wird die Zwangsarbeit im nächsten Jahr neue Dimensionen annehmen, die Planungen in Leipzig deuten die Richtung an. Schon einmal, Mitte der 80er, versuchten Staat und Kapital, die Zwangsarbeit auf breiter Basis durchzusetzen. Durch breiten Widerstand und viele Aktionen der damaligen Sozialhilfe- und Arbeitslosengruppen gelang es, die Einführung der Sozi-Zwangsarbeit in vielen Städten und Regionen zu verhindern. Heute versuchen sie wieder massiv, den Arbeitszwang gegen uns durchzusetzen. Nehmen wir das nicht kampflos hin.
Allein machen sie dich ein!

Ratschläge

Arbeiten statt einfach nur Sozialhilfe beziehen, denn arbeiten ist mehr als Geldverdienen.
-Arbeiten ist einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen.
-Arbeiten ist, am Abend zu wissen, warum man am Morgen aufgestanden ist.
-Arbeiten ist, soziale Kontakte zu haben und zu erhalten.
-Arbeiten ist, die Weiterentwicklung im Berufsleben mitzubekommen, das heißt am Ball zu bleiben.
-Arbeit ist auch berufliche Fortbildung und Weiterqualifikation.
-Arbeiten bringt Freude und bedeutet Zukunft.

Aus einem Informationsblatt des Leipziger Sozialamtes.

Darum rufen wir alle SoziempfängerInnen, ZwangsarbeiterInnen und Arbeitslosen auf zu einem

Treffen am 17.11.93 um 20 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof

um zu gucken in welchen Bereichen es schon Zwangsarbeit gibt und zusammen zu überlegen was wir gegen die Zwangsarbeit machen können.

AEG
Autonome Erwerbslosen-Gruppe

7.11.93

ANTWORT AUF DEN "OFFENEN BRIEF" VON "EINIGEN INTERNATIONALISTEN UND INTERNATIONALISTINNEN" IN DER INTERIM 260

wer darauf setzt, das außenstehende nur unvollständig informiert sind, seid ihr.
eure präsentierten "fakten", die "allgemein bekannt" sind, bestehen aus beliebig zusammengeklaubten und teilweise verdrehten ereignissen, die ihr tendenziös aneinanderreiht, um eurer position den anschein einer vorhergehenden auseinandersetzung zu geben.

1.) zuerst einmal wird nach kräften entpolitisiert:

in der auseinandersetzung zwischen der yagan- und der karatas-gruppe ging und geht es um die politischen und organisatorischen fehler, die den repressionskräften die massaker gegen militante von devrimci sol ermöglicht haben. es geht um die verantwortung für den tod vieler genossInnen und die damit verbundene schwächung der revolutionären bewegung in der türkei.

aber das begreift ihr nicht, für euch ist alles nur "machtkampf" ohne politischen hintergrund.

daß dem wechsel zur anderen gruppe oder dem ausstieg diskussionen, kaderInnenversammlungen und beschlüsse vorausgingen und mit selbstkritiken ausführlich begründet wurden, kehrt ihr wohlweislich unter den teppich, weil es eurem entworfenem räuberpistolenszenario nicht entspricht.

2./3./4.) die bewaffneten revolutionären organisationen, die keine gewalt gegen vermeintliche oder wirkliche verräterInnen anwenden, lassen sich weltweit an einer hand abzählen.
eine diskussion darüber, in der kriterien herausgefunden oder neu bestimmt werden, liegt euch fern. ihr habt dazu ein taktisches verhältnis, ihr sprecht nur von gewalt, wenn ihr damit hetzen und ausgrenzen könnt.

um die besondere gewalttäigkeit von devrimci sol zu belegen, zählt ihr einige ereignisse der letzten jahre auf.
es würde keine mühe kosten, so eine liste für andere organisationen zusammenzustellen...
es geht euch nicht darum, die politische bestimmung der gewalt zu diskutieren, sondern um ein pauschales urteil gegen devrimci sol und der "gewalt unter linken".

woher wißt ihr denn so genau, daß der mann, der vor einigen jahren von devrimci sol in paris erschossen wurde, nicht, wie die aktion damals begründet wurde, im namen und mit den geldern der organisation einen drogenhandel zu seiner persönlichen bereicherung betrieben hat und dies auch nach mehrfacher warnung nicht unterlassen hat ?
ihr wißt es, weil es euch in den kram paßt: "dev-sol war schon immer bekannt dafür, daß die organisation gegen ihre kritiker gewalt anwendet."
so einfach ist das.

nachdem nun die "fakten" zurechtgebogen wurden, kommt die politische einschätzung:

daß revolutionäre organisationen das etikett "mafia und faschisten" erhalten, ist nichts neues und verrät weniger über devrimci sol als über eure ideologische verfassung.

das rezept ist bekannt.
was nicht fehlen darf, ist, das ganze mit einer prise rassismus (wahlweise antisemitismus) abzuschmecken.

so erfahren wir, warum es genossInnen gibt, die eine diskussion mit devrimci sol führen: "zum einen wird von einem teil von euch der kampf im eigenen lager um die richtige linie blutig geführt...", "zum anderen steckt ein "linker" rassismus speziell bei den deutschen unter euch dahinter: andere kulturen schlagen sich halt, haben eine andere mentalität, da mischen wir uns nicht ein. ihr mischt euch aber ein !"
daß sich eure hirngespinste in sich widersprechen, soll hier nicht weiter stören, es zeugt nur davon, wieviel anstrengung es euch gekostet haben muß, eure absurden behauptungen irgendwie zu begründen.

ZUR BOYKOTTFORDERUNG GEGEN DEVRIMCI SOL

die allermeisten linken gruppen haben den konflikt ignoriert oder eine steellungnahme mit der begründung, es handele sich um einen "innerorganisatorischen konflikt", verweigert.
angesichts des todes vieler genossInnen und der härte der auseinandersetzung ist das mehr als zynisch.

die wenigen türkischen, kurdischen und deutschen gruppen, die eine stellungnahme veröffentlicht haben, haben fast einhellig die "gewalt unter linken" verurteilt und boykott und isolierung gefordert.

gewalt ist nicht gleich gewalt, weder an sich noch gegen linke.
gewalt abzulehnen, ohne davor eine analyse der politischen und historischen situation gemacht zu haben, ist keine marxistische herangehensweise, sondern pazifismus.
gewalt zwischen linken hat in der türkei wie warscheinlich auf der ganzen welt eine lange, häßliche tradition, es ist aber kein grund um alle kriterien für einen politischen umgang damit über den haufen zu werfen.

es ist nicht das erste mal, daß die gewalt gegen linke benutzt wird, um gegen befreiungskämpfe im trikont zu hetzen. die betroffenheit und trauer um den tod von genossInnen wird ausgebeutet, um die revolutionäre praxis allgemein zu verurteilen. zuletzt in der diskussion um das rz-papier "gerd albartus ist tot".

die kritik wird an der gewalt entwickelt, nicht an der politik, die sie kommandiert.
so ist es dann auch wenig produktiv zu fordern, der konflikt müsse von der militärischen auf die politische ebene gebracht werden, wenn die kritik selbst darin hängen bleibt, mit umgekehrten vorzeichen. darum ist das ergebnis nicht eine politische diskussion, sondern das gegenteil.

die ausgrenzung führt zu nichts; es geht doch nicht um ein problem der türkischen organisation, sondern um eines der linken. wenn wir uns selbst ernst nehmen, müssen wir uns damit auseinandersetzen, es kann nicht unsere praxis sein, organisationen zu unterstützen, solange sie den vorstellungen der metropolenlinken gefallen, um bei mißfallen die solidarität zu kündigen. da könnt ihr noch so viel internationalismus drunterschreiben, das ist ein warenverhältnis.

es gilt heute noch mehr als gestern: ein durchbruch für die befreiung kann nur im gemeinsamen internationalen kampf geschafft werden. darum brauchen wir eine internationale diskussion, nicht den rückzug ins linksdeutsche ghetto, wo die welt noch in ordnung ist.

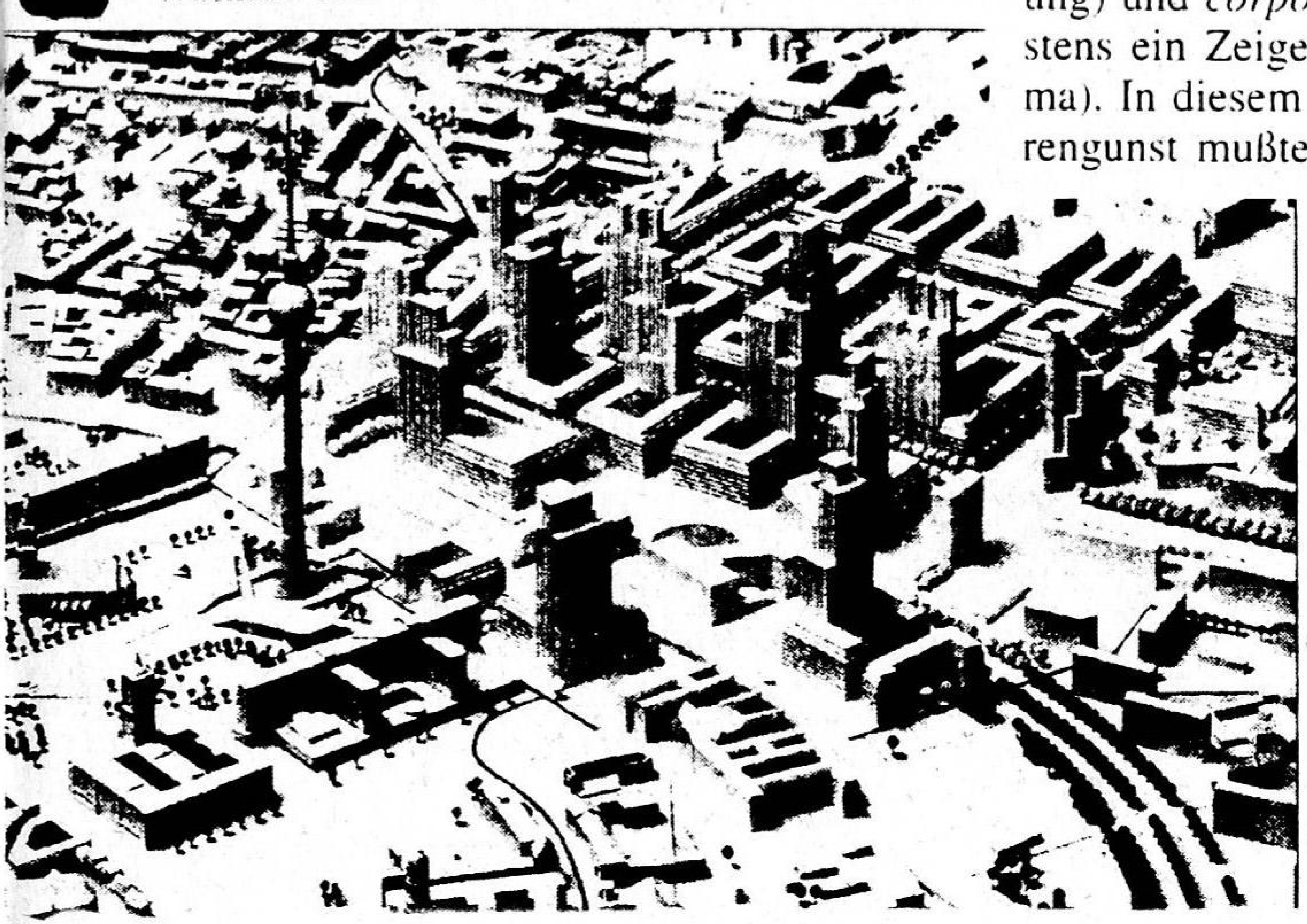
j.

Der Alexanderplatz-Wettbewerb als Lehrstück

Wolfgang Kil

Nach dem Ausbleiben jahrzehntelanger Alimentierung muß Berlin seine Stadtentwicklung jetzt auf andere Weise ankurbeln. Die Zauberformel, mit der alles zum Guten gewendet werden soll, heißt *public private partnership*: Investoren werden zur Niederlassung eingeladen und mit allerhand Entgegenkommen zum Bauen ermuntert, in der Hoffnung, daß dabei ein paar öffentlich wirksame Gegenleistungen abfallen; daß also – ganz nebenbei – auch ein attraktives Stück Stadt entsteht. Wie der Name verrät, stammt dieses Verfahren aus den USA, wo man schon immer sehr viel mehr auf privat finanzierte Stadtentwicklung angewiesen war, und dort hat man auch gar keine Scheu, sein Wesen zu benennen: Das Ganze ist ein *Deal*.

Dieser Deal ist im Falle des Berliner Alexanderplatzes schiefgegangen. Die Überwältigung der Stadt durch die Investoren hat stattgefunden. Aus seinen Erfahrungen mit dem Potsdamer Platz hat der Berliner Senat nichts gelernt. Auch wenn Daimler und Sony sich dort Schritt für Schritt von den ursprünglich vereinbarten Konditionen verabschieden, gelten sie offenbar immer noch als faire Partner und ihr Wirken für die Stadt als segensreich. Doch der Potsdamer Platz ist im Hinblick auf solche *partnership* eine Petitesse gegenüber dem Alexanderplatz. Jetzt handelt es sich nicht um vier, sondern um acht (und zukünftig vielleicht noch mehr) Bauträger, und die haben kein geschichtlich hinterlassenes Brachland zu entwickeln, sondern besetzen das funktionale Zentrum inmitten eines dichtgewachsenen Stadtkörpers. Dieses Zentrum soll ihnen überlassen werden, damit sie sich ihre Brache selber schaffen und darauf die schöne neue Welt der maximalen Gewinnerwartung aus dem Boden stampfen, im Klartext: Abriß von einer Million Quadratmeter Geschoßfläche für 1,3 Millionen Neubau! Stadtbürgerliches Gemeinwohl, also das oberste Vertretungsinteresse der Kommune, hat in der Ausschreibung kaum als Qualität, hauptsächlich als Quantität Erwähnung gefunden: im zähen Handel um 30 Prozent Flächenanteil für Wohnen und Kultur.



Erich Böhme, Herausgeber der *Berliner Zeitung* und von Bauträger Gruner & Jahr in die Jury entsandt, hatte nach Abschluß der ersten Wettbewerbsrunde in einem arrogant flapsigen Statement sich die Mitte Berlins als „profitorientierte Insel aufgetürmter Hochhäuser" gewünscht. Vom Herzen der deutschen Metropole erwartete er vor allem eines: „kaufmännischen Reibach". Nicht alle Firmensprecher geben es gerne so unumwunden zu, aber naiv ist, wer damit nicht rechnet: Urbane Qualität im umfassenden (also auch sozialen) Sinne ist für private Investoren nur von sehr eingeschränktem Interesse. Wo Warenhäuser, Hotels, Medienstandorte und andere Dienstleistungen „entwickelt" werden, zählt an der Stadtöffentlichkeit nur die Kaufkraft des Publikums und die Zahlungspotenz möglicher Mieter. Und diese Renditenlobby war beim Alexanderplatz-Verfahren an sämtlichen Entscheidungsstufen beteiligt wie noch niemals zuvor – von der Ausschreibung bis zum Preisgericht!

Der Aufschrei des Bausenators nach der ersten Wettbewerbsrunde, seine Warnungen vor den „fatalen Auswirkungen" einer derart massierten City-Bebauung, vor Bodenwertexplosion und nachfolgender Bewohnerverdrängung in Spandauer Vorstadt und Prenzlauer Berg, verhallten ungehört. Auch die vom Senat mit lobenswertem Elan (und erheblichem Aufwand) durchgeführte Bürgerdiskussion zum Thema Alexanderplatz hat trotz Ausstellung, Fragebögen und zahlreichen Foren zur eigentlich geforderten Bürger*beteiligung* nicht werden können. Die öffentliche Meinung tendierte nämlich mit deutlichem Übergewicht zu größerer Behutsamkeit beim Umbau des traditionsreichen Platzes und gegen die in Aussicht gestellte Hochhausorgie.

Drei der fünf Endrunden-Büros hatten sich diese Kritik zu Herzen genommen. Die Jury der zweiten Runde, der wiederum mehr Investorenvertreter als Senatsdelegierte angehörten, ging über Senatorenmahnung wie Bürger-Votum achselzuckend hinweg und zum Geschäftlichen über, das da hieß: maximale Flächenauslastung (also randscharfe Blocküberbauung) und *corporate identity* (also wenigstens ein Zeigefinger-Turm für jede Firma). In diesem Wettlauf um die Investorengunst mußte dann auch das entschiedenen bescheidenere und die übrigen Stadtteile im Auge behaltende Konzept von Kny und Weber unterliegen, obwohl es bis zuletzt von vielen als Berlin-verträglichere Alternative zu Kollhoffs vollsynthetischer Megacity gehandelt wurde. Nachdem die Jury sich beinahe in den Eklat gestritten hatte, entschied am Ende die Geschoßflächenzahl.

Das Fiasko mit einer behutsameren und von der Bürgermeinung mitgetragenen Planung für den Alexanderplatz war abzusehen. Hier wirkte ein höheres Dilemma. Das Verfahren war ja nur deshalb mit solch unziemlicher Eile veranstaltet worden, weil die bauwilligen Investoren (sechs Milliarden Mark avisierte Bausumme) schon ungeduldig in den Startlöchern scharrten. Der Wettbewerb, so die panische Hoffnung, sollte dem Senat die Mittel an die Hand geben, eine über Konzernhorizonte hinausweisende Entwicklungsstrategie für die Stadt zu formulieren und die Partikularinteressen der einzelnen Bauherren zu zügeln.

Doch das vielgerühmte Modell der *public private partnership* hat einen Haken. Es geht nur dann nicht zu Lasten der öffentlichen Belange, wenn die Stadt eine ausreichend starke Position gegenüber den Privatinvestoren behaupten kann. Und genau dies kann Berlin in seiner derzeitigen Situation nicht. Wie ein verstoßenes Kind muß die deutsche Hauptstadt von Tür zu Tür rennen und um Zuwendung buhlen. Es ist nicht so, daß sich die Stadt vor Ansiedlungswünschen nicht retten könnte. Im Gegenteil: die Abwanderungsverluste gerade der beschäftigungsintensiven Bereiche nehmen bedrohliche Ausmaße an, und eine Image-Adresse ist die Spreemetropole, allen Verlautbarungen ihrer Politiker zum Trotz, noch lange nicht. Aber nur, wenn ein Investor kräftig dazuzulegen bereit ist und sich willig allen möglichen Auflagen fügt, um bloß endlich den Vorzug einer Hausnummer in Berlin genießen zu dürfen, nur dann hat der Interessenausgleich der *public private partnership* auch für die Stadt eine Aussicht auf Erfolg. Mit der getroffenen Entscheidung im Alexanderplatz-Wettbewerb ist auf eine großräumige und langfristige Perspektive für den sich dahinter eröffnenden Ostteil Berlins verzichtet worden. Die nun dort drohende Gentrifizierung wird billigend in Kauf genommen. Man hat nur auf das enge Areal des Platzes geschaut (das ist der Blick der Investoren) und dieses zweifellos bedeutende Stückchen Stadt dann – kraftvoll – privatisiert.

●●●



BENEFIT SOLI-PARTY

Freitag, 12.11., 21.00 Uhr
Bloody Count, Köpenicker Str. 137
ANARCRUST (Rotterdam)
TROMATISM (Paris) ex Berurier Noir
Disco, Video + Ausstellung zur C.R.Szene, VoKü + Cocktailbar

Info- und Diskussionsveranstaltung:
Kein Frieden mit Israel !
Positionen des palästinensischen Widerstands gegen das Gaza-Jericho-Abkommen

Ort: TU Berlin, Hauptgebäude
Straße des 17. Juni 135
U-Bhf. Ernst-Reuter-Platz
Raum H 110

Zeit: Freitag, 12.11.93
18.30 Uhr

PALÄSTINA

Referent: Mustafa Al-Slaiman

Themen: Was beinhaltet das Gaza-Jericho-Abkommen?
Autonomie - 1. Schritt oder Abschied vom palästinensischen Staat?
Vertritt die PLO noch die Interessen des palästinensischen Volkes?
Welche Alternativen zum Abkommen sind denkbar?
Führen Verhandlungen zu Befreiung oder sind sie Resultat eines Anpassungsprozesses innerhalb der Linken an die herrschenden Verhältnisse, hier wie weltweit?

Veranstaltet vom Nahost-Arbeitskreis, c/o agit-druck
Unterstützt vom AStA der TU Berlin

12.11., 20.30 Uhr : Film "Koyaanisqatsi/Powaqaatsi" im KGB, Potadamerstr. 180
Zivilisationskritik in Bild und Ton



antifaschistische DEMONSTRATION in Brandenburg (Stadt)

Wir sind alle durch Neonazis und Faschisten bedroht - es ist höchste Zeit, etwas dagegen zu tun, bevor wieder Eltern ihren Kindern vorlügen, sie hätten von nichts gewußt!!!

Wir schließen uns weiter zusammen und kämpfen gemeinsam
- gegen alte und neue Faschisten
- gegen Rassismus und Nationalismus





Sa., 13.11., 12.30 Uhr
Neustadt Markt (Zentrum)



einen kleinen Vorgeschmack geben!



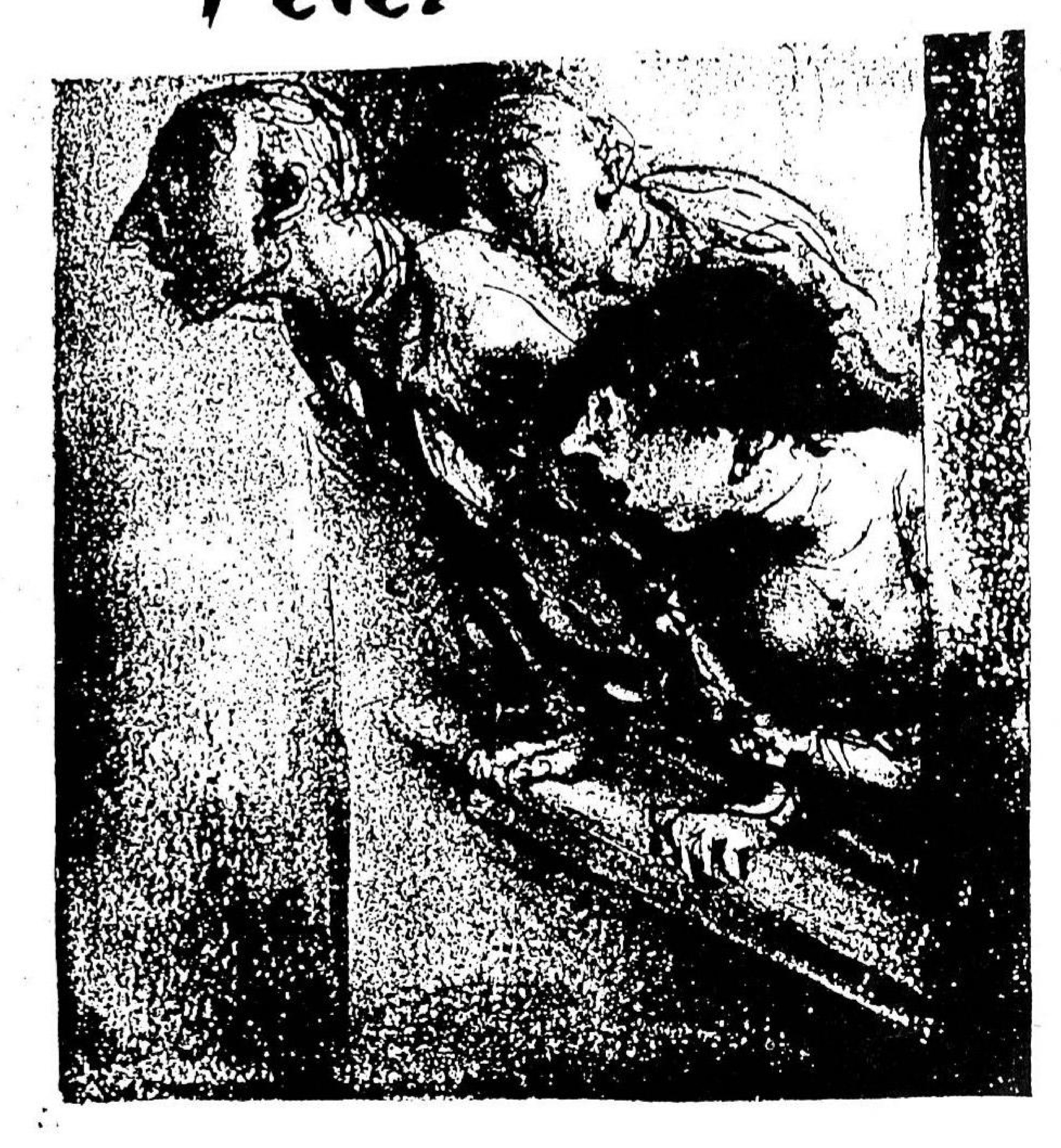




für eine Linke strömung - organisiert in der **Antifaschisten Aktion-Bundesweite Organisation** lädt ein:

Das neue >Modell Deutschland<- die Umwälzungen seit dem 9.November 1989- Seminar am 20./.21. November

13 Jahre Ermittlungsausschuß! Feier



Wann: Samstag, 27. Nov. 1993
Wo: EX Gneisenaustr. 2a
Eintritt: 4 DM
Beginn: 22 Uhr

Den Erlös bekommt der Ermittlungsausschuß.

Achtung! Achtung! Achtung!

Entgegen den Äußerungen von **Christian Hain** hat es kein Treffen in Griechenland oder Deutschland mit mir gegeben. Ganz zu schweigen von einer Versöhnung.

Ilse Schwipper, Berlin.

Achtung! Achtung! Achtung!

letzte Olympische Nacht

Widerstand ist nie umsonst



Freitag, 12. Nov. 93
22 Uhr im EX
Gneisenaustr. 2a
Berlin 61

Wer ein Känguruh mitbringt,
kriegt eine Flasche Sekt.